

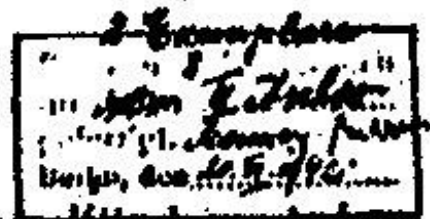
WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

November 2013

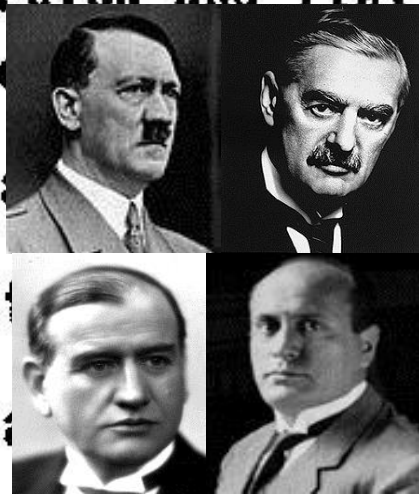


Geheime Reichssache Abkommen



zwischen Deutschland, dem Vereinigten Königreich,
Frankreich und Italien,
getroffen in München am 30. September 1938.

Deutschland, dem Vereinigten Königreich,
Frankreich und Italien unter Berücksichtigung
des Abkommens, das in der Abtretung des



sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich er-
zielt wurde, über folgende Bedingungen und Modali-
täten diese Gebiete nach dem 1. September 1938 nach zu er-
greifenden Umständen dem Reich zurückzugeben und erklären

75 Jahre
Münchener Abkommen
Siehe Seite 3 f.!

sich durch dieses Abkommen einzeln verantwortlich
für die zur Sicherung seiner Erfüllung notwendigen

Inhalt:			
1. 75 Jahre MÜchner Abkommen	S. 03	8. Ein Land im Goldrausch	S. 09
2. Das neue Wahlgesetz und die Schlesier	S. 05	9. 100 Jahre „Hoher Meißner“ und die Suddt.	S. 13
3. Der Vorsitzende hat das Wort	S. 06	10. Franz Metzner war der Bildhauer des	
4. Das Jahrestreffen in Haßfurt	S. 06	Völkerschlachtdenkmal	S. 14
5. Stunde der Wahrheit für Franz Pany	S. 07	11. Lasst uns die Verantwortung übernehmen!	S. 16
6. Pilsen plant Denkmal für „vertriebene“ Tschechen	S. 08	12. Interessantes in Kürze	S. 18
7. Die ungarische Petition ist noch i. d. Schweb	S. 09	13. Das Massaker von Aussig (G.Bergmann)	S. 19
		14. Der Schlag gegen rechts (A.T.Werner)	S. 21

Impressum

DER WITIKOBRIEF.

(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)

Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 16 Euro; für Mitglieder frei.

Herausgeber: Witikobund e.V

V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel/Fax: 09073-416556

Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, J.S.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;

e-Post: witikobund-bundesverband@freenet.de; Heimseite: www.witikobund.de

Druck: Ortmaier-Druck, 84160 Frontenhausen, Birnbachstr.2

Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!

Bankverbindungen: Hypo Vereinsbank München, Kto. 6880 157 106, BLZ. 700 202 70

(IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX); Postbank München, Kto. 152 360-803; BLZ. 700 100 80

(IBAN: DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF)

Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, c/o Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41, 91550 Dinkelsbühl, Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)

Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 56. Jahr!

Prof. Ferdinand Seibt über die sudetendeutschen Sozialdemokraten:



Prof. Seibt (1927-2003)

„Leider mussten die sudetendeutschen Sozialdemokraten zu allererst erfahren, daß der sudetendeutschen Sache, unter welchem Vorzeichen auch immer, leicht ein ungerechtfertigtes Odium anhing. Ihr politischer Sprecher, Wenzel Jaksch, wurde im Londoner Exil von Benesch regelrecht ausgespielt Bemerkenswert, daß sich die Führung der reichsdeutschen SPD, von 1933 bis 1938 bekanntlich im Prager Exil, später im gemeinsamen Londoner Zufluchtsort, auch nicht um das Anliegen der sudetendeutschen Genossen bemühte“.

(Ferdinand Seibt, Deutschland und die Tschechen, 1993, S. 362).

Fundstücke:

1. Die Mutter Wilfried Kretschmanns, des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, kommt aus Elbing und war viele Jahre lang in der Ostpreußengruppe von Ravensbrück tätig. Ihr Sohn allerdings würdigt, dem Vernehmen nach, Anfragen der Ostpreussen keiner Antwort mehr (Preußische Allgemeine Zeitung, 24.8.2013, S.9).

2. „Die Heimat zu verlieren, gehört zu den schlimmsten Ereignissen, die Menschen in ihrem Leben widerfahren können“ (Grußwort des Bundespräsidenten Joachim Gauck zum Tag der Heimat 2013 in Berlin).

3. Der csl. Staatspräsident Masaryk sagte 1935: „Ein so kleines Land wie die CSR kann kaum mehr erhoffen als dann und wann zwei Jahrzehnte in Freiheit zu leben“ (aus: Elizabeth Wiskeman, Erlebtes Europa, 1967, S. 72).

4. „Da ist nur eine schädliche Großtechnologie durch die nächste ersetzt worden“ (Enoch zu Guttenberg über die Einführung der Windräder in Deutschland, Quelle: Focus, 23.9.2013, S. 110 ff).

5. „Die teilweise Germanisierung der Tschechen hat nur die völlige verhindert“. (Jaroslav Goll, tschechischer Historiker, 1846-1929).

6. Dr. Frank-Walter Steinmeier hat mütterlicherseits schlesische Wurzeln und beteuert, schon deshalb Verständnis für die Vertriebenen zu haben (Sudetendeutsche Zeitung, 7.6.13, S.9).

75 Jahre Münchner Abkommen

Komödie um einen völkerrechtlichen Vertrag

Wer sich mit dem Münchner Abkommen befasst, muss bei den Verträgen von Versailles und St. Germain beginnen. Diese waren Hervorbringungen des Völkerbundes, der von den damaligen Siegermächten mehr oder weniger vorgeschoben war. Beide Verträge enthielten jeweils eine fast identische Revisionsklausel: „*Die Bundesversammlung* (sc. des Völkerbundes) *kann von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationalen Verhältnisse auffordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte.*“ (Vertrag von St. Germain, Art. 19; Vertrag von Versailles, Teil I, Art. 19).

Die Tschechen kannten diese Bestimmungen sehr wohl, und Stefan Osusky, der csl. Botschafter in Paris, hat seine Regierung schon am 31.3.1933 eindringlich vor der Brisanz dieser Klauseln gewarnt (Berber, Friedrich, Europäische Politik 1933-1938 im Spiegel der Prager Akten, 31.3.1933). Beide Klauseln hätten vom Völkerbund verlangt, die insgesamt 24 (!) Beschwerden der Sudetendeutschen aufzugreifen, doch es geschah 20 Jahre lang nichts. Das war ein unentschuldigbares Versagen von Demokraten, das eigentlich in alle Zukunft ausschließt, die Sudetendeutschen in irgendeiner Form an irgendeinen Pranger zu stellen.

Erst im April 1938, nachdem Österreich ein Teil des Deutschen Reiches geworden war, forderten die Alliierten Hitler auf, in der Sudetenfrage Forderungen zu stellen, „*was diesen überraschte*“ (Taylor, A.J.P., Die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges, S. 211). Schließlich war die Sudetenfrage noch immer eine innertschechische Angelegenheit, für deren Lösung eine einfache Volksabstimmung genügt hätte. Allerdings wehrte sich die „Musterdemokratie“ CSR vehement gegen ein solches urdemokratisches Verfahren, denn auch die anderen Minderheiten wären gerne ihre eigenen Wege gegangen, was den ganzen Staat zur Implosion gebracht hätte.

Auf die internationale Ebene wurde die Sudetenfrage am 20. Mai 1938 gehoben, als Prag seine Streitkräfte völlig grundlos gegen Deutschland mobilisierte. Dahinter stand Churchill, der Benesch am 12.4.1938 geraten hatte, selbst einen Krieg mit Deutschland „herbeizuführen“, denn die Kriegsbereitschaft Deutschlands schätzte er lediglich auf 1:50 (Vaclav Kral, Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933-47, Dokumentensammlung, Prag 1964, S. 117). Auf dieser internationalen Ebene konnte es dann auch zur Entsendung von Lord Walter Runciman kommen, der als Gutachter dazu riet, das Sudetenland unverzüglich an das Deutsche Reich zu übertragen. Obwohl dabei die von Benesch so gefürchtete Volksabstimmung vermieden wurde, kämpfte dieser mit dem Necas-Geheimbrief vom 16.9.1938 um eine weitere Schadensbegrenzung. Er bot eine Teilabtretung bei gleichzeitiger „Ortsverlagerung“ (=Vertreibung) von 1,5 bis 2 Millionen Sudetendeutschen an. Die Gebietsabtretung sollte 4-6000 qkm umfassen. Frankreich und England bestanden aber ultimativ auf der Abtretung des ganzen Sudetenlandes. Das Tauziehen dauerte vom 17. bis zum 21. September. Benesch verlangte schließlich nur noch, dass er vor der Öffentlichkeit als Opfer erscheinen müsse, das nur unter Druck zugestimmt hätte. Mit diesem Schauspiel erklärten sich die Alliierten einverstanden. Wenn man so will, hatte sich



Damals: Die großen Vier

Benesch das Ultimatum selbst bestellt. Dieses Doppelspiel veranlasste Stefan Osusky, einen Hochverratsprozess gegen Benesch zu verlangen. Deutschland war an diesem Abkommen in keiner Weise beteiligt.

Offen waren nach dem 21. September 1938 nur noch die Modalitäten der Gebietsabtretung. Nach Irritationen bei der Konferenz in Bad Godesberg schlug Mussolini die Konferenz von München vor. Man traf sich am 29. September 1938 und verabschiedete das Münchner Abkommen. Dieses bezieht sich mit seinem ersten Satz ausdrücklich auf den **Basisvertrag** vom 21.9.1938 zwischen Frankreich, England und der CSR

über die Abtretung und regelt sonst weiter nichts als die Verfahrensweisen bei der Gebietsübergabe. Bezeichnenderweise hat man bei der späteren Aufkündigung des Münchner Abkommens diesen **Basisvertrag** stillschweigend „vergessen“. Das muss man dann als den zweiten Teil des Komödienspiels ansehen.

Behandlung nur von Symptomen

Der elementare Fehler bei den Pariser Vorortverträgen war der betrügerische Umgang mit dem Selbstbestimmungsrecht. Es spricht Bände, dass sich die USA weigerten, den Versailler Vertrag zu ratifizieren und Mitglied des Völkerbundes zu werden. Der Weg der CSR nach 1918 ähnelte dem einer in die Insolvenz schlitternden Firma. Den ersten Fehlern folgten unvermeidbar weitere. Der vermutlich gravierendste war 1935 das enge Bündnis mit der Sowjetunion. Die westlichen Demokratien fürchteten, neben Spanien bald einen zweiten (oder dritten? Frankreich!) kommunistischen Staat in Europa zu haben. Das ließ ihr Interesse am Fortbestand der CSR gegen Null tendieren. Das Münchner Abkommen betraf aber nur die Sudetenfrage. Es blieb die slowakische Frage, die letztlich in die Protektoratsfrage mündete.

Die Annullierung

England annullierte das Münchner Abkommen schon am 5. August 1942. Nach Meinung der Bundesregierung erlosch seine Gültigkeit jedoch erst 1974 mit der Ratifizierung des Normalisierungsvertrages mit der CSSR, was bedeutet, dass die Sudetendeutschen 1945 deutsche Staatsbürger waren, die von einem fremden Staat nur gegen Entschädigung enteignet werden durften.

Folgt man aber der tschechischen Auffassung, hätten die Sudetendeutschen 1945, da csl. Staatsbürger, unter dem Schutz der eigenen Verfassung gestanden, die jede Ausbürgerung untersagte. Unnötig wären dann 1949 bzw. 1953 auch die Einbürgerungsprozeduren für die heimatverbliebenen Sudetendeutschen gewesen. Wohin man also sieht, immer wieder stolpert die Tschechische Republik über ihre eigenen juristischen Füße. Im Übrigen umfasste die Annullierung des Münchner Abkommens keineswegs auch die Ermächtigung zur Vertreibung und völligen Enteignung der Sudetendeutschen.

Der Wert des Rechtes

Das Münchner Abkommen mit Basisvertrag war für die Sudetendeutschen ein bedeutender Rechtstitel.

Er ist heute im öffentlichen Bewusstsein zusammengeschmolzen auf einen verschwindend kleinen Rest, den die deutsche Bundesregierung eher halbherzig zu verteidigen sucht. Die maßgeblichen Themen wie Selbstbestimmung, Haager Landkriegsordnung usw. verschwanden stillschweigend von der Tagesordnung. Wenn überhaupt, so geht es nur noch um Individualrechte. Aber auch da wird der Einzelne alleine gelassen. Bezeichnend ist, dass alle Verfahren vor nationalen und internationalen Gerichten auf private Initiative zurückgehen. Dieses opportunistische Wegducken unserer Leitungsgremien, diese Scheu, seine Rechte laut und deutlich einzufordern, sind auch aus einem übergeordneten Grund unverantwortlich, denn damit leistet man der allgemeinen Verlüderung des Rechts Vorschub, und wohin das führt, zeigen uns deutlich genug die willkürlichen Tötungen von Menschen durch Drohnen und das milliardenfache Ausspähen des Bürgers durch die NSA. Eine Welt ohne Recht wäre aber gerade für die Sudetendeutschen verhängnisvoll, denn das Recht ist ihre einzige Waffe. Auch 75 Jahren nach dem Zustandekommen des Münchner Abkommens gilt daher, beharrlich auf die Schwachstellen der tschechischen Rechtspositionen hinzuweisen. (F.V.)

Das sanfte Gesetz?

Wäre die zum Münchner Abkommen führende Krise bei Beachtung witikonischer Grundsätze zu vermeiden gewesen? Für Stifterns „Sanftes Gesetz“ nahmen sich die Tschechen 1918 offenbar keine Zeit, obwohl z.B. der sudetendeutsche Arbeiter durch die Gewerkschaften zum Internationalismus erzogen war und zu einer organisch verlaufenden Entwicklung fähig gewesen wäre. Bleibt der zweite Grundsatz, der im Konfliktfall die Bruchlinie nie entlang der nationalen Unterschiede verlaufen läßt, sondern immer nur moralische und rechtliche Maßstäbe kennt. Ohne Zweifel hätte die strenge Beachtung von Recht und Moral den nationalen Konflikt gemildert oder ganz vermieden!

Rudi Pawelka abgewählt

Es erinnerte an die Hatz auf Martin Hohmann, Paul Latussek und andere. Am Anfang steht eine böswillige Verdrehung von Tatsachen und schließlich der Ausschluss oder die Abwahl des Betreffenden. Pawelka stand dreizehn Jahre der Schlesischen Landsmannschaft vor und hat ihr ein unverwechselbares Profil gegeben. Der Witikobund bedauert seine Abwahl und freut sich über seine Zusage, am 20.1.2014 in München beim **Neujahrsempfang** zu sprechen.

Das neue Wahlgesetz und die Schlesier

Eine Patentlösung fehlt noch

Nach jüngsten Schätzungen leben in Pommern, Schlesien und im südlichen Ostpreußen noch 300.000 bis 400.000 Deutsche. Nach der Neufassung des Wahlgesetzes hatten die Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen die Chance, an der Bundestagswahl 2013 teilzunehmen, sofern sie einen deutschen Pass hatten. Diese Voraussetzung erfüllten 148.000 Personen in Schlesien. Sie mussten bis zum 1.9.2013 bei einer Gemeindebehörde in Deutschland die Aufnahme in die Wählerliste beantragen, was auch viele taten.

Ablehnung

Leider gab es nur wenige deutsche Kommunen, etwa Bad Hersfeld, die diese Anträge annahmen. Viel häufiger waren Ablehnungen. Man bestritt die Vertrautheit mit den deutschen Verhältnissen und eine besondere Bindung an die Gemeinde.

Aber nicht nur die Minderheiten in den Ostgebieten haderten bisweilen mit dem neuen Wahlgesetz. Enttäuscht waren auch zahlreiche Deutsche im Ausland. Ihnen wurde das Wahlrecht abgesprochen, wenn sie länger als 25 Jahre nicht mehr in der Heimat gelebt hatten. Auch bei ihnen reichte der deutsche Pass alleine nicht mehr für den Gang zur Wahlurne aus.

Gerechte Abwägung suchen!

Die angeführten Gründe darf man nicht grundsätzlich ablehnen. Nur wer selbst davon betroffen ist, sollte über die Lebensbedingungen in Deutschland mitbestimmen. Bei den Passinhabern in Schlesien muss man aber bedenken, dass diese **nicht freiwillig** im „Ausland“ leben. Sie sind nicht ausgewandert, sondern die Trennungslinie hat sich über sie hinwegbewegt. Man sollte auch berücksichtigen, wie großzügig Deutschland sonst mit dem Wahlrecht bei Inhabern von zwei Pässen umgeht. Diese mögen, wenn sie in Deutschland leben, vom Wahlausgang wirklich betroffen sein, doch im Ernstfall bleibt ihnen immer noch der Rückzug auf die zweite Staatsbürgerschaft.

Der Ausschluss von der Wahl kann aber auch ganz **triviale Gründe** haben. Auslandsdeutsche schätzen bekanntermaßen ihr Deutschtum meist höher ein als die Daheimgebliebenen. Fürchtet man vielleicht deswegen deren Stimmabgabe? Schon der britische Historiker Edward Gibbon wusste: Traue nie einem edlen Motiv, wenn man auch ein triviales finden kann.

Neujahrsempfang des Witikobundes

Der Witikobund ist Mitveranstalter des
„Europäischen Neujahrsempfangs“
 und lädt dazu herzlich ein für Montag, den 20. Januar 2014, 18.00 Uhr,
 ins Sudetendeutsche Haus, München, Hochstrasse 8.

Als Festredner kommt Rudi Pawelka!

Ein Milliardär sammelt Wutbürger

Auch in der CR empfinden unzählige Bürger Überdruß an der Politik. Daraus zog Herr Babis, wohlhabender Inhaber einer Bäckereikette, Konsequenzen und rief die Partei **ANO 2011** ins Leben. Bei der Wahl am 26. Oktober 2013 erreichte sie aus dem Stand 18 Prozent und wurde zweitstärkste Fraktion. Über eine Tochtergesellschaft hat Babis Zugriff auf die Zeitungen Mlada Fronta Dnes und Lidove Noviny. Herr Babis erinnert an den Parteigründer Stronach in Österreich.

Angela Merkel ist so erfolgreich, weil sie etwas „Kaiser-Franz-Josef-Haftes“ an sich hat.

Dr. Schirmmacher im Nachtmagazin am 24.10.2013

Der Vorsitzende hat das Wort:*Liebe Kameradinnen und Kameraden!*

Mit dem Jahrestreffen 2013 können wir zufrieden sein. Wir waren uns einig, am Bewährten festzuhalten, ohne uns neuen Themen zu verweigern. In der Herangehensweise an unsere Ziele bedienen wir uns mehr und mehr und sehr erfolgreich auch der neuen Medien.



Felix Vogt Gruber

Dabei spüren wir unsere Verantwortung, die wir als eine der ganz wenigen Gruppen tragen, die noch die bestehende SL-Satzung achten. In unserer Haltung bestärken uns zahllose völkerrechtliche Bestimmungen, aber auch das Repräsentantenhaus der USA mit seiner Resolution Nr. 562 vom 13.10.1998.

Ermutigend waren die in Haßfurt vorgetragenen Referate. Besonders Paul Kamas zeigte, dass in der CR weit ab von der Prager Burg der Wille zu Wahrheit und Gerechtigkeit immer wieder durchbricht.

Das sind die Ansätze für eine gerechte Lösung, die wir auf Augenhöhe mit dem tschechischen Volk anstreben und wozu wir auch die beiden anderen Gesinnungsgemeinschaften unserer Volksgruppe einladen.

Wenn wir uns, liebe Kameradinnen und Kameraden, eine alte Fußballweisheit zu eigen machen, so müssen wir sagen „nach dem Jahrestreffen ist vor dem Neujahrsempfang“!. Wie Ihr der Anzeige auf Seite 5 entnehmen könnt, findet unser Neujahrsempfang in München am 20. Jänner 2014 statt. Dazu lade ich Euch herzlich ein und verbleibe schon jetzt mit guten Weihnachts- und Neujahrswünschen

Euer FVG (Felix Vogt Gruber)

Das Jahrestreffen 2013 in Haßfurt

Der Witikobund hatte zum Jahrestreffen auch 2013 wieder nach Haßfurt eingeladen. Schon am Freitag, dem 18. Oktober, traten abends die Kassenprüfer in Aktion. Im Konferenzsaal nebenan fand ein Vorgespräch des Vorstandes und interessierter Mitglieder statt. Die Jahreshauptversammlung eröffnete der 1. Vorsitzende dann am nächsten Tag um 9.00 Uhr. Beim Totengedenken musste



**Blick in den Sitzungssaal;
rechts: Bildtafeln zu Franz Metzner**

die Versammlung leider wieder von fünf Kameradinnen und Kameraden Abschied nehmen.

Der Jahresbericht des Vorsitzenden berührte die konstituierende Vorstandssitzung in Brannenburg, den Jahresempfang am 28.1.2013 in München und den Sudetendeutschen Tag in Augsburg. Hervorgehoben wurden unsere erweiterten Aktivitäten im Internet, für die im Wesentlichen Kam. Ingolf Gottstein verantwortlich zeichnet, der deshalb auch in den Vorstand kooptiert wurde.

Der Kassenbericht konnte den nun endgültigen Zufluß des Guthabens der Kameradenhilfe vermelden. Vor diesem Hintergrund verlor das ausgewiesene Jahresdefizit von 1.600 Euro seinen Schrecken. Das um so mehr, als bei der gegenwärtigen Finanzpolitik eine Thesaurierung der Gelder unattraktiv geworden ist. Die Kassenprüfer bestätigten dem Vorstand eine ordnungsgemäße Kassenführung und beantragten Entlastung, die bei Enthaltung der Betroffenen einstimmig gewährt wurde.

Unter „Verschiedenes“ kam das desaströse Abschneiden Franz Panys bei der bayrischen Landtagswahl zur Sprache. Im organisatorischen Bereich kündigte der Vorstand an, einige seit rund zehn Jahren in Vergessenheit geratene Einrichtungen wieder aufgreifen zu wollen. Es wird wieder Vereinsnadeln und Mitgliedsnummern mit einem Mitgliederausweis geben.

Der Nachmittag gehörte den Referenten. Dr. Neumann sprach über die Wissenschaft vom Frieden (Irenik) und legte einen starken Akzent auf die friedensstiftende Macht des Rechts. Teile des Referats

waren jedoch geprägt vom Wunschbild eines idealen Menschen. Paul Kamas trug seine Forschungsergebnisse zum Leben im Protektorat temperamentvoll vor und umriß die Widerstände gegen die geschichtliche Wahrheit in der CR. Das Sonntagsprogramm begann mit einem Lichtbildervortrag über den sudetendeutschen Bildhauer Franz Metzner, der für die bildhauerische Gestaltung des vor 100 Jahren errichtete Völkerschlachtdenkmal die Alleinverantwortung trug. Der Referent hatte zusätzlich noch vier Bildertafeln mit Darstellungen aus Leben und Werk des Künstlers vorbereitet, die im Konferenzsaal an Stellwänden gezeigt wurden. Das letzte Referat der Veranstaltung hielt Peter Vanca, Berlin. Sein Thema lautete: „Die Sudetendeutschen in der DDR“. Als IM-Opfer hatte er sein Augenmerk auf angepaßte Sudetendeutsche im früheren Stasi-Staat gerichtet und zeichnete oft deprimierende Bilder von menschlicher Schwäche und teilweise auch von schicksalhafter Verstrickung.



Referent Kamas (li.) mit Stellv. Vors. Köcher & Vors. Vogt Gruber

Unser Tagungshotel, der Gasthof Goger, hat sich wie gewohnt mit Umsicht um seine Gäste gekümmert. Eventuelle Unannehmlichkeiten waren durch verspätete Anmeldung selbst verschuldet. Die Hotelleitung hatte bis eine Woche vor Tagungsbeginn genügend Zimmer zurückgehalten, diese dann aber anderweitig vergeben. Daher mußten einige Teilnehmer in einer Dependance nächtigen. Die Moral von der Geschichte: Künftig bitte rechtzeitig anmelden!

Stunde der Wahrheit für Franz Pany

Der SL- Bundesvorsitzende Franz Pany ist an gute Wahlergebnisse gewöhnt. Allerdings kommen diese meist im Schongehge der Sudetendeutschen Landsmannschaft zustande. Das scheint Pany für einen Augenblick vergessen zu haben, als er sich kürzlich auf die Kandidatenliste der CSU für den Bayrischen Landtag setzen ließ. Dort aber herrschten die Gesetze der freien Wildbahn, und Pany erlebte ein niederschmetterndes Fiasko, denn er wurde auf der Liste seines Wahlbezirkes gnadenlos bis zum vorletzten Platz herunterpannaschiert. Insgesamt entfielen auf ihn nur 1.661 Stimmen. Die Sudetendeutsche Zeitung nannte das einfühlend einen „Achtungserfolg“.

Warum konnte einer der höchsten Repräsentanten der Sudetendeutschen seine Klientel nicht besser mobilisieren? Bietet er ihr zu wenig? Oder das Falsche? Hat es vielleicht etwas mit den Zielen der SL-Vereinsatzung zu tun?

Gedanken machen sich ohne Zweifel auch Panys Parteibosse. Was haben sie nicht alles investiert, um ihn gut dastehen zu lassen! Prag-Reisen, Gegenbesuch von Necas und auf dem Reissbrett der Plan für das Sudetendeutsche Museum! In den Reihen der SL geht jetzt die Angst um, dass es in der Staatskanzlei zu neuen Weichenstellungen kommen könnte. So gesehen muss man Panys Ausflug in die wirkliche Politik als äußerst fahrlässig bezeichnen. Er hat seinen Plan nicht zu Ende gedacht und muß sich fragen lassen, ob das vielleicht auch für anderen Pläne von ihm gilt. Wenn diese die SL betreffen, dann wäre eine sofortige Überprüfung nötig!

Quidquid agis, prudenter agas et respice finem!
(Was Du auch tust, handle wohlüberlegt und bedenke das Ende!)

Zentraler Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation

Die Medien berichteten am 27.8.2013: „Die Ministerpräsidenten von Bayern und Hessen, Horst Seehofer (CSU) und Volker Bouffier (CDU), unterzeichneten die Proklamation zur Einführung des Gedenktages für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation. Die Kabinette beider Länder hatten zugestimmt. Der Gedenktag wird in Bayern und Hessen künftig jedes Jahr am zweiten Sonntag im September begangen werden, erstmals am 14. September 2014...“ Bouffier sagte: „Damit wollen wir unsere Solidarität mit den Betroffenen zum Ausdruck bringen“. In beiden Ländern lag der Anteil der Vertriebenen bei rund einem Fünftel, durch Zwischenheiraten hat inzwischen rund die Hälfte aller Deutschen Vorfahren aus den Vertreibungsgebieten.

Pilsen plant Denkmal für „vertriebene“ Tschechen

Wie die tschechische Tageszeitung „Pravo“ („Recht“) schrieb, bekommt Tschechien ein erstes Vertreibungsdenkmal für Tschechen. Erinnert soll an die im Herbst 1938 (angeblich) von den Deutschen aus dem Sudetenland vertriebenen Tschechen werden. Das Denkmal wird in Pilsen (Plzen) auf Initiative des Tschechischen Widerstandskämpfer-Bundes entstehen.

Der örtliche Chef dieser Organisation, Jaroslav Bukovsky, teilte Näheres mit: *„Wir wollen das Denkmal etwa Mitte September des nächsten Jahrs enthüllen, also anlässlich des 76. Jahrestages der Gewalt gegen die tschechische Bevölkerung in den Grenzgebieten, die damals auf dem Höhepunkt war“*. Laut Bukovsky wird es sich um das erste und offenbar einzige Denkmal seiner Art in Tschechien handeln. Er fügte hinzu: *„Denkmäler für die vertriebenen Deutschen, richtiger gesagt für die legal Abgeschobenen, gibt es hier schon genug“*.

Das Denkmal soll die Form einer Sandstein-Spitzsäule haben, eine Aufschrift soll an die (angebliche) Vertreibung der Tschechen erinnern. Außerdem werde es darauf ein Relief mit den Grenzen der damaligen Tschechoslowakei vor und nach der Unterzeichnung des Münchener Abkommens 1938 geben, heißt es.



Denkmale in Littitz (oben) und Mies

Dubiose Gedenkorte

Jeder halbwegs kundige Zeitgenosse weiß, dass Herrn Bukovskys Ansichten falsch oder zumindest maßlos übertrieben sind. Wenn es zur Errichtung seines Denkmals kommt, genießt Pilsen aber den zweifelhaften Ruhm, gleich zwei fragwürdige Denkmale in seinen Mauern zu haben. Ein drittes Denkmal findet man sogar, wenn man das Untersuchungsgebiet etwas erweitert, denn in Mies/Stribro, 30 km westlich von Pilsen, stößt man auf einen weiteren dieser dubiosen Gedenkorte.

Im Pilsener Vorort Littitz (jetzt Lidice, nicht zu verwechseln mit dem nach dem Heydrich-Attentat ausgelöschten Ort) soll ein Stein an (vermeintlich) *„zwölf von den Deutschen zu Tode gefolterte amerikanische Flieger“* erinnern. Diese Flieger waren die Besatzung eines 1945 abgeschossenen US-Bombers, der aber nachweislich nur acht Mann an Bord hatte, von denen mindestens zwei überlebten und nach dem Kriege wiederholt

Pilsen besuchten. Diesen Befund hat der tschechische Historiker Karel Foud bestätigt.

Begibt man sich nach Mies, der früheren sudetendeutschen Kreisstadt, findet man auf dem Friedhof einen imposanten Obelisk für zwei angebliche *„Opfer des Faschismus“*. Was war geschehen? Im Mai 1945 hat eine amerikanische Nachtpatrouille zwei betrunkene und übermütige russische Soldaten irrtümlich erschossen. Das wurde umgedeutet in faschistische Gewalt.

Palackys Erklärung

Die Neigung seiner Landsleute zu einem etwas dehnbaren Wahrheitsbegriff hat offenbar schon der tschechische Historiker Frantisek Palacky erkannt. So schrieb er in seinem 1830 erschienenen Buch *„Würdigung der alten böhmischen Geschichtsschreiber“* sinngemäß (Seite 112): Der *„böhmische Volksgeist“* ist gekennzeichnet durch eine *„äußerst lebhaft, leicht bewegliche Phantasie... und ein erfinderisches Talent zu historischen Deutungen“*, das ihn verleitet, das Vergangene *„so auszuschnücheln, dass er selbst an seiner Wahrheit nicht mehr zweifelt“*.

In Pilsen scheint diese „lebhaft Phantasie“ des „böhmischen Volksgeistes“ sehr ausgeprägt zu sein. Läßt die Stadt Herrn Bukovsky gewähren, muß sie mit einem Ansehensverlust rechnen. (F.V.)

Geheimtipp für Genealogen: Im Weltnetz bitte <actapublica.eu> aufrufen! Dort findet man die (mit EU-Hilfe eingescannt) sudetendeutschen Kirchenbücher!

Die ungarische Petition immer noch in der Schwebe

Bekanntlich reichten im Vorjahr zwei ungarische Staatsbürger in Brüssel eine Petition gegen die Beneschdekrete ein. Die erste Anhörung fand am 20. September 2012 statt und verlief für die Petenten positiv. Die Petition sollte weiter verfolgt werden. Sogar von einer Kommission, die nach Preßburg reist, war die Rede. Was ist aber daraus geworden?

Es gab am 27. Mai 2013 ein weiteres Vorgespräch. Aber gegen die sonstigen Gepflogenheiten war dieses nicht öffentlich. Es gab also weder Pressevertreter noch eine Videoaufzeichnung im Internet. Das lässt auf erfolgreiche Lobbyarbeit hinter den Kulissen schliessen.

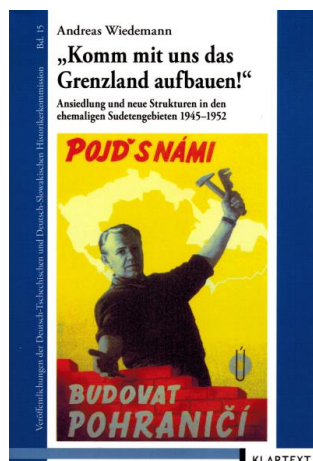
Bei der Verhandlung hatten die Petitionäre wieder nur 5 Minuten Redezeit. Keine Zeitgrenze gab es für die EU-Abgeordneten und für den ebenfalls anwesenden Ständigen EU-Vertreter der Slowakei, Ivan Krokoc. Die tschechischen, slowakischen und rumänischen Abgeordneten sprachen gegen die Petition und griffen die ungarische Regierung Victor Orbans an. Sie hätte das Thema im Wahlkampf missbraucht. Das gehörte gar nicht zur Sache und war reines Ablenkungsmanöver. Zu Gunsten der Petition sprachen die Abgeordneten aus Ungarn und die ungarischen Abgeordneten aus der Slowakei. Ferner gehörten je eine lettische und eine catalonische Abgeordnete der „Grünen“ zu den Unterstützern. Wenig rühmlich war die Rolle des einzigen anwesenden deutschen EU-Abgeordneten, des Grünen-Mitglieds Jahr. Er hatte im Vorjahr sehr überzeugend für die Petition gesprochen. Diesmal verließ er den Saal just in dem Moment, als die Petition aufgerufen wurde. Genauso bedauerlich ist, daß die Sudetendeutsche Zeitung ihrer Informationspflicht über diese Sitzung nicht nachkam!

Letztendlich wurde beschlossen, dass das Verfahren nicht beendet, sondern zur weiteren Diskussion an den Rechtsausschuss JURI weiterleitet wird.

Die Umstände deuten darauf hin, dass die Petenten in ein Wespennest gegriffen haben. Zu befürchten ist aber, dass die Überweisung an den Rechtsausschuss als Entsorgungsmaßnahme gedacht ist. Im parlamentarischen Jargon nennt man das gerne ein „Begräbnis erster Klasse“.

Ein Land im Goldrausch

Als im Mai 1945 die Niederlage Deutschlands feststand, strömten sofort unzählige Tschechen in das Sudetenland, um davon Besitz zu ergreifen. Diesen Vorgang hat **Andreas Wiedemann** in seinem 2007 erschienenen umfangreichen Buch **„Komm mit uns, das Grenzland aufbauen“** dargestellt. Der Buchtitel ist einem Plakat entlehnt, das für die Besiedlung des Sudetenlandes werben sollte. Da der Autor Zugang zu den Archiven vieler tschechischer Regierungsstellen hatte, ist sein Buch durchaus



Am Buchumschlag das den Titel inspirierende Plakat

lesenswert. Wer aber meint, anhand amtlicher Dokumente die ganze Wahrheit herausfiltern zu können, unterliegt einer Täuschung. Opfer dieser Illusion wurde schon Wiedemanns Lehrer, Prof. D. Brandes, der sich in seinem Buch über die „Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938“ (2008) nur auf die amtlichen Berichte der csl. Polizei an das Innenministerium verließ. Augenzeugen wiesen aber nach, daß darin die für die Tschechen weniger rühmlichen Vorfälle ausgeblendet waren. Als Gegenbeispiel kann man hier Reinhard Schmutzers Studie über „Deportation und Zwangsarbeit im Kreis Mies“ (Dinkelsbühl, 2013) bezeichnen, der auch die Opfer befragte und so die barbarische Kehrseite gerade des „Aufbaus“ im „Grenzland“ zeigt! Im Folgenden werden aus Wiedemanns Buch einzelne Themen stichwortartig herausgegriffen:

Begriff Sudetenland: Schon am 22. Mai 1945 ordnete das Prager Innenministerium an, künftig den Begriff Sudetenland zu vermeiden und dafür das Wort „Grenzland“ (pohranici) zu verwenden. Auch alle Wort-bildungen mit „sudety-“ wurden geächtet. (S.29).

Seltsame Begründungen: Die Verteufelung alles Deutschen war Programm. Deutsche müssten „ausliquidiert“ (vylikvidovat) werden, weil sie ein „fremdes Geschwür in unserem Körper“ seien (S.44). Nicht Hitlers Krieg, sondern die Schlacht am „Weißen Berg“ (1620!) wurde zur Rechtfertigung der Landnahme bemüht. Das damals zugefügte Unrecht müsse geheilt werden.

Wilde Besiedlung: Im Jahre 1945 strömten rund 800.000 „zlatokopi“ (Goldgräber) in das Sudetenland. Ihre Zahl konnte anhand der 1945 dort ausgegebenen Lebensmittelkarten geschätzt werden (S. 83, Anm. 173). Sie kamen vor allem aus den jeweils direkt angrenzenden tschechischen Gebieten und profitierten zunächst von der wilden Vertreibung und der Deportation Deutscher zur Zwangsarbeit ins Landesinnere.

Übernahme der Bauernhöfe: Das juristische Mäntelchen für die Wegnahme der Bauernhöfe waren die Beneschdekrete. Deren fünftes stellte das sudetendeutsche Eigentum zunächst nur unter nationale Verwaltung. Die Enteignung besiegelte das 12. Dekret vom 21.6.1945. Insgesamt waren davon fast 3 Mio ha (=25 % der CSR-Fläche) betroffen (S. 104). Bis Mitte 1949 wurden davon 937.745 ha landwirtschaftlich nutzbaren Landes verteilt an 109.040 Bauern und an 48.445 Nichtbauern. Jeder Landwirt sollte 13 ha bekommen. Da aber möglichst viele berücksichtigt werden sollten, sank die Hofgröße auf bescheidene 8,3 ha. Die Nichtbauern bekamen durchschnittlich 0,6 ha, etwa zur Erweiterung eines Gartens. Auch Gemeinden und Staatsbetriebe erhielten gewisse Flächen. Wälder bekam nur der Staat. Das Vorkriegsniveau erreichte die tschechische Landwirtschaft erst wieder 1960 (S. 184).

„Kaufpreis“: Der Kaufpreis für einen Bauernhof sollte zwei Jahresernten nicht übersteigen (S. 125). Bei Gebäuden waren es eine bis drei Jahresmieten. Daraus ergab sich eine Gesamtschuld der Siedler von rund 8,5 Mrd. Kronen. Um diese Summe wurde im Parlament heftig gestritten, da man ein Vermögen von mehreren hundert Milliarden Kronen nicht so leichtfertig verschleudern sollte. In der Praxis wurde dann aber noch viel weniger Erlöst, denn 1950 waren erst 2 Mrd. (=19%) abgezahlt und der Rest verfiel bei der Einrichtung von Staatskolchosen. Dieser Schuldenerlass beschleunigte in den Grenzgebieten das Entstehen von Staatskolchose erheblich. Viele Neu-Bauern hatten aber schon vorher kapituliert und ihre Besitzurkunden zurückgegeben: 1946 waren es **1.525**; 1947 - **8.666**; 1948 - **17.455**; 1949 - **8.240**

Zuteilung von Häusern: Rund 200.000 Häuser standen zum „Verkauf“. Der Preis betrug rund 1/6 des Normalpreises (S. 228). Rabatte von 25 bis 50 % gab es für Soldaten der Auslandsarmee, für Kriegsoffer, Kinderreiche und Reemigranten. Nach einer Zwischenrechnung wurden für 123.733 Häuser 4,4 Mrd. Kronen Erlöst (= 35.000 Kr. pro Haus=5 Monatsgehälter).

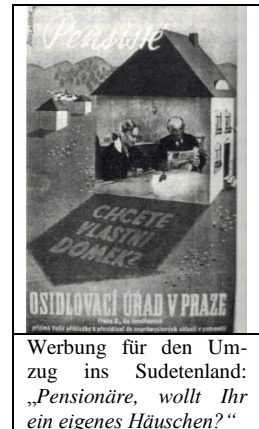
Karge Böden: Auf den schlechten Böden blieben 4.800 ehemals deutsche Höfe unbesetzt. In den Höhenlagen über 750 m versuchte man es mit 92 Gebirgsweidegenossenschaften, die aber 1946 wegen Unwirtschaftlichkeit wieder aufgelöst wurden. Oft kam auch Unredlichkeit der Verwalter hinzu, worauf 76 Betrugsanzeigen hindeuten (S. 123).

Eignungsprüfung: Im November 1945 mussten sich alle Nationalverwalter einer Eignungsprüfung unterziehen, bei der 13,5 Prozent wegen Misswirtschaft abgesetzt wurden (S. 119).

Gewerbe und Industrie: Nach der Vertreibung standen 115.000 ehemals deutsche Gewerbebetriebe und 13.000 Industrieanlagen zur Disposition. Von ersteren sollten 70.000 und von letzteren 8.218 stillgelegt werden. Zahlreiche Industrieanlagen sollten in die Slowakei verlagert werden, was bei den Beschäftigten auf Widerstand stieß (S. 158). Die Vorkriegsleistung wurde schon 1947 erreicht, bei weitem aber nicht das Kriegsniveau, was die von 1939 bis 1945 um 59 % gestiegene Zahl der Industriearbeiter nahe legt.

Mangel an Arbeitskräften: Die meisten Betriebe konnten nur dank zurückgehaltener deutscher Spezialisten weiterarbeiten. In Reichenberg sank die Zahl der gewerblichen Arbeiter um 50 Prozent und der Rest bestand zu 95 Prozent aus Sudetendeutschen. Daher wurden besonders deutsche Facharbeiter pfleglich behandelt. Für sie entfielen die üblichen Strafen wie Lohnkürzung, Wohnungszug, schlechtere Lebensmittelkarten und Schulverbot für ihre Kinder. Nur Bergleuten wurde der 25-prozentige Bonus für Untertageeinsatz verweigert. Für die Ansiedlung im Grenzland wurden Prämien ausgelobt und mit der im Vergleich zum Landesinneren besseren Qualität der Wohnhäuser geworben.

Selbstkritik: Nur wenige Tschechen waren an produktiver Handarbeit interessiert. In einem Gewerkschaftsbericht war zu lesen: „Im Frühsommer 1945 wälzte sich ein Strom von Tschechen nach Reichenberg mit dem Wunsch eine Fabrik, ein Geschäft oder einen Gutshof zu übernehmen.“ In Aussig hing am 5.8.1945 bei einer KPC-Tagung im Saal folgendes Transparent: „Der böhmische Norden ist nicht Kalifornien. Wir brauchen Arbeiter und keine Goldgräber“ (S. 171). Der Gewerkschaftler Jaroslav Honl merkte an: „Gerade die, die am lautesten *nemci ven!* (Deutsche raus) rufen, sind am wenigsten bereit, an die Stelle der deutschen Arbeiter zu treten.“ (S. 211). Büroberufe waren sehr beliebt. In den Firmen betrug das Verhältnis Angestellte zu Arbeiter 1 : 4. Vor 1945 war es 1 : 12 (S. 193).



Werbung für den Umzug ins Sudetenland: „Pensionäre, wollt Ihr ein eigenes Häuschen?“

Zuteilung von Sachwerten: Möbel, Kleidung, Teppiche, Haushaltsgeräte usw. lagerten in rund 10.000 Depots. Der Verkauf begann schon 1945, wobei Grenzlandbewohnern Nachlässe eingeräumt wurden. Bei Rückkehr ins Landesinnere sollten diese verfallen, was in der Praxis aber kaum beachtet wurde. Im April 1947 lagen 2 Millionen Anträge auf Zuteilung der verbliebenen Sachwerte vor. Berücksichtigt wurden 600.000 Haushalte (S. 221 f.).

Mischehen: National gemischte Ehen passten in keiner Weise zur allgemeinen Verteufelung der Deutschen. Tschechische Männer in Mischehen nannte man „Weichlinge“, die ihr Tschechentum „für das Lächeln einer Deutschen“ verraten hätten. Neuankömmlinge wollten sie sogar ins Landesinnere verbannen. Praktischerweise wären damit oft auch Zeugen von Brutalitäten nach dem Kriege aus dem Gesichtsfeld verschwunden (S.312).

Büchereiwesen: Für den Aufbau eines tschechischen Büchereiwesens wurden im Landesinneren Bücher gesammelt. Dabei tauchten auch Bücher auf, die die Siege der deutschen Armee verherrlichten. Sechzig Prozent der beschlagnahmten deutschen Bücher wurden bei der Nationalbibliothek abgeliefert. 40 Prozent erwarb eine Schweizer Firma für 5,40 Kronen das Kilogramm (S. 359). 1948 wurden die deutschen Bestände aller Schloss- und Klosterbibliotheken zusammengetragen und davon 27,5 Millionen Bücher vernichtet.

Deutsche Antifaschisten: Im Jahre 1945 verließen 10.000 Kommunisten und 6.000 Sozialdemokraten die CSR in Richtung SBZ. Dort sollten bzw. wollten sie helfen, den Sozialismus aufzubauen. In die US-Zone durften deutsche Antifaschisten erst ab April 1946 einreisen. Bis zum 21.6.1947 hatten 96.176 deutsche Antifaschisten die CSR verlassen. 53.187 von ihnen erreichten die US-Zone und 42.989 die SBZ. 30.000 verblieben in der CSR (S. 303).

Aufbau einer Selbstverwaltung: Der Aufbau wurde erschwert durch Mangel an Menschen und der geringen Qualifikation der vorhandenen. So lebten im Raum Schluckenau noch im Juni 1945 unter 54.000 Deutschen nicht mehr als 150 Tschechen! In Bezirk Neudek (Westböhmen) gab es am 5. Juni 1945 in 18 Gemeinden immer noch keinen einzigen Tschechen. Im Gegensatz zum Staat hatte es die Kommunistische Partei viel besser verstanden, im Grenzland eine effiziente Infrastruktur aufzubauen. Das erklärt teilweise auch ihr gutes Abschneiden bei der Wahl von 1946, als sie dort 53,0 % der Wähler für sich gewann gegenüber 40,17 % landesweit.

Öffentliche Sicherheit: Die öffentliche Sicherheit wurde eigentlich nur durch die sog. Revolutionsgarden gefährdet. In Karlsbad musste am 28. 5, 1945 eine Polizeitruppe aus Prag eingreifen, um wieder gesetzliche Zustände herzustellen (S. 91). Die dortige Stadtpolizei bestand bis dahin aus ehemaligen KZ-Häftlingen. Polizisten, die sich für den Dienst im Grenzland anwerben ließen, konnten mit der Zuteilung deutschen Eigentums rechnen.

Unzufriedenheiten: Neuankömmlinge waren oft unzufrieden mit Altschechen, die sich meist die besten deutschen Immobilien gesichert hatten. Die Belegschaft einer Textilfabrik in Warnsdorf streikte, als das Werk dem früheren jüdischen Besitzer zurückgegeben werden sollte, und ganz Nordböhmen streikte mit (S. 226). Unzufrieden waren werktätige Tschechen, weil sie nach Dienstschluss in den Geschäften oft vor leeren Regalen standen, die die Gattinnen privilegierter deutscher Spezialisten schon am Vormittag leergekauft hatten.



Lockruf ins Sudetenland:
„Ein glückliches Leben unter dem eigenen Dach“

Binnenwanderung: An der Binnenwanderung beteiligten sich ab dem Frühjahr 1946 auch Roma. Sie bevorzugten die urbanen Zentren (noch 1980 wohnten 81 % von ihnen in Städten). Die Behörden behinderten sie bei der Arbeits- und Wohnungssuche. Grundlage war ein 1927 erlassenes „Anti-Nomaden-Gesetz“ (das vermutlich auch während der Protektoratszeit seine Dienste geleistet hatte). 1946 wurde den Roma der Zuzug in den Bezirk Plan verboten. Abgeschoben wurden Roma im Herbst 1946 aus dem Bezirk Schluckenau und im Januar 1947 aus dem Bezirk Karlsbad. Die Roma galten als „Geisel des Grenzlandes“. Das Anti-Nomaden-Gesetz wurde 1948 von den Kommunisten aufgehoben (S. 278 ff.).

Reemigranten: Die Wiederbesiedelung des Grenzlandes galt dort als abgeschlossen, wo 75 Prozent der einstigen Bevölkerungszahl erreicht waren. Für dieses Ziel umwarb man auch die sehr zahlreiche tschechische Emigration in aller Welt (Ab 1880 hatten jährlich rd. 20.000 Auswanderer das Land

verlassen!). Die Werbung war meist erfolglos bei Personen, die in der Fremde einen gewissen Wohlstand genossen. Wer kam, machte sich Hoffnung auf Zuteilung deutschen Eigentums und sozialen Aufstieg. Neuankömmlinge wurden zunächst

in eines der 14 für sie geschaffenen Auffanglager eingewiesen und dann meist nach Westböhmen vermittelt, dessen karge Böden weniger begehrt waren. Dort besteht daher noch heute die größte Reemigranten-Dichte. Reemigranten galten als die stabilste Siedlergruppe, was allerdings nicht nur auf Freiwilligkeit beruhte, denn ihnen gab man anfangs keine Pässe, um ihre Rückkehr und damit eine negative Auslandspropaganda zu vermeiden (S. 173).

Reemigranten aus Deutschland: Aus Deutschland wurden 4.095 Reemigranten gezählt, denen die Regierung aber wegen ihres langen Aufenthalts im „feindlichen“ Ausland misstraute. Die Rückkehrer sprachen von Schwierigkeiten in Deutschland, weil man die Vertreibung der Sudetendeutschen auch ihnen anlastete (S.273).

Wolhynientschechen: Privilegiert waren die 33.077 Wolhynientschechen, die zwischen dem 30.1. und 20.5.1947 in 166 Zügen eintrafen. Sie waren meist Landwirte und brachten z.T. eigenes Vieh mit. Für ihre zurückgelassenen Höfe wurden sie entschädigt. Angesiedelt wurden sie bei Saaz, im Egerland und in Westböhmen, wo sie auch die größten Höfe bekamen (S. 264).

Allmähliche Gleichstellung: Zurückgehaltene Sudetendeutsche erhielten schlechtere Lebensmittelkarten und unterlagen einer Lohnkürzung von 20 Prozent. Das hob die kommunistische Regierung für die rd. 20.000 ins Landesinnere deportierten Deutschen zum 1.3.1948 auf, für die übrigen Deutschen vier Monate später am 4.7.1948 (S. 371). Deutsche Spezialisten waren davon schon seit 1946 nicht mehr betroffen. 1949 konnten die 155.702 heimatverbliebenen Sudetendeutschen die csl. Staatsbürgerschaft beantragen, doch nur 72.806 machten davon Gebrauch (=46,7 %). Am 7.5.1953 (acht Jahre nach Kriegsende) wurden alle Deutschen automatisch eingebürgert. Die Mitarbeit in den Gewerkschaften war möglich und wurde wahrgenommen. 1950 endete für Deutsche auch das Verbot, ein eigenes Rundfunkgerät zu besitzen oder Parkanlagen und Wälder zu betreten (S. 381).

Dekonfiszierung: Ein Erlass vom 12.6.1951 sah unter Umständen auch die Rückgabe beweglichen und unbeweglichen Eigentums vor. In ganz wenigen Fällen wurden Wohnhäuser zurückgegeben. Voraussetzung war, dass die Betroffenen noch darin wohnten und sich um die Staatsbürgerschaft beworben hatten. Eine finanzielle Entschädigung scheiterte daran, dass die beschlagnahmten Objekte weit unter Wert verkauft worden waren und die Staatskasse für die Differenz nicht zahlen wollte. Auch die Erstattung der Lohnabzüge bis 1948 wurde gefordert, doch bei der Währungsreform 1953 schmolz der durchschnittlich einbehaltene Betrag von 8.000 Kronen auf uninteressante 130 Kronen zusammen.

Buchtitel: Der Titel des Buches ist etwas anmaßend. Die Sudetendeutschen hinterließen ein intaktes Land, das keiner Nachhilfe aus dem Landesinneren bedurfte. Ihr Lebensraum gehörte im Gegenteil zu den fortschrittlichsten Landesteilen Böhmens, ja Europas! Das ging auch aus der tschechischen Werbung für die Übernahme deutscher Bauernhöfe selbst hervor. Man pries das im Vergleich zum Landesinneren bessere Inventar, das bessere Vieh und die besseren Hygienevorrichtungen (S. 113). Der Verfall trat erst nach der Vertreibung ein. In Nordböhmen waren infolge der Zerstörung von Fenstern und Türen nur noch 60 Prozent der Wohnungen nutzbar.

Rechtliche Bewertung: Die Inbesitznahme des Sudetenlandes steht in krassem Widerspruch zu zahllosen völkerrechtlichen Bestimmungen, deren Gültigkeit teilweise sogar der Nürnberger „Kriegsverbrecherprozess“ bestätigte (Haager Landkriegsordnung, 1907, Marten'sche Klausel, 1897, usw). Der Völkermordcharakter der Vertreibung schließt eine Verjährung der Vorkommnisse aus. Im Übrigen verletzen Vertreibungen auch die Rechte der aufnehmenden Bevölkerung infolge Ressourcenverknappung. Das wird gerade in Deutschland viel zu wenig beachtet.

Das Ergebnis: Wiedemanns Buch beruht weitgehend auf Regierungsakten. Diese enthalten aber meist keine das positive Selbstbild störenden Berichte. Zum objektiven Gesamtbild des „Aufbaus“ des Grenzlandes gehören daher auch die Aussagen der unterdrückten Deutschen. Welches Leid diese ertragen mußten, zeigt z.B. die schon eingangs erwähnte Detailanalyse Reinhard Schmutzers. Über das Ergebnis der Grenzlandbesiedlung urteilte kürzlich Ondrej Matějka, der Vorsitzende von Antikomplex, in der Zeitung „Standard sinngemäß so: Große Teile des ehemaligen Sudetengebietes sind sehr strukturschwach. Es leben dort viel weniger Menschen als vor dem Krieg, und die dort leben, haben häufig noch nicht Fuß gefasst. Wenn man sich ansieht, ob in den einzelnen Gemeinden die freiwillige Feuerwehr funktioniert, ob die Kirche lebt, ob die Menschen Feste feiern, dann merkt man, dass es das alles außerhalb des Sudetenlandes viel öfter gibt - also überall dort, wo nach dem Krieg nicht beinahe die ganze Bevölkerung ausgetauscht wurde.

(Auswertung F.Volk)

100 Jahre „Hoher Meißner“ und die Sudetendeutschen

Am 11. und 12. Oktober 1913, also vor 100 Jahren, trafen sich rund 3.000 Jugendbewegte am Hohen Meißner in Nordhessen. Ihr Anliegen war der Protest gegen ein zunehmend in starre Regeln von



Symbol des Wandervogels

Konvention und Technik eingezwängtes Leben. Mit der Terminwahl wollte man auch an die Aufbruchstimmung einhundert Jahre früher, 1813, nach den napoleonischen Kriegen, erinnern.

Dieses Ideengut hatte sich selbstverständlich auch in Deutschböhmen verbreitet. Auch dort wurde jungen Menschen der Lebensraum zu eng. Dafür gibt Johannes Stauda in seinem Buch *Der Wandervogel in Böhmen 1911-1920* (S. 36) aus seinem früheren Wohnort Eger ein gutes Beispiel: Dort erwartete man von einem Gymnasiasten, dass er sich auf der Straße nur gemessenen

Schrittes fortbewegte und niemals rannte, auch wenn er es noch so eilig hatte. Auch Faustball oder Fußball zu spielen, war verpönt, nicht nur weil man „rohe“ Spiele meiden sollte, sondern vor allem weil man dabei gezwungen war, Kopfbedeckung und Stehkragen abzulegen. Ein Hemd mit Schillerkragen war verpönt. Die Jugend von Eger fand aber einen Ausweg. Sie gründete den geheimen Sportverein „Olympia“ und traf sich verstoßen vor den Toren der Stadt zu sportlichen Wettkämpfen. Aus den Reihen dieser Sportler kamen die ersten Mitglieder der neuen Wandervogelgruppe Eger.

Am Treffen in Nordhessen beteiligten sich der deutschböhmischen Wandervogel (WV) allerdings nicht. Nur Karl Günther, Jurastudent und Gruppenleiter in Prag, war Gast und berichtete hinterher seinen Verbandsfreunden. Eines der Themen war der Zusammenschluss aller Gruppen im deutschsprachigen Raum. Die Österreicher traten bei. Die deutschböhmischen Wandervogel, die sich schon im Juli 1913 von den Österreichern getrennt hatten, lehnten ab. Ihnen erschien die am Meißner in Erscheinung getretene „Freideutsche Jugend“ etwas zu heterogen zusammengesetzt und vor allem zu sehr von Mitgliedern höheren Alters beeinflusst zu sein. Hier stimmte der deutschböhmische WV mit dem reichsdeutschen „Wandervogel e.V.“ überein, der sich als Jugendbund hauptsächlich für Unter-20-Jährige verstand und am Meißner-Treffen offiziell ebenfalls nicht teilnahm, obwohl er dazu miteingeladen hatte!

Wenige Monate nach dem Meißner-Treffen brach der Erste Weltkrieg aus. Der deutsche Wandervogel entrichtete einen schrecklichen Blutzoll. Von rund 12.000 Mitgliedern fielen 7.000! Die deutschböhmischen Verluste sind nirgends beziffert, aber man erfährt immer wieder von einzelnen Gefallenen. Die Gesamtzahl war ohne Zweifel beträchtlich, denn 1915 standen bereits 300 WV unter Waffen.

Die Meißner-Formel von 1913:

„Die Freideutsche Jugend will aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten. Für diese innere Freiheit tritt sie unter allen Umständen geschlossen ein. Zur gegenseitigen Verständigung werden Freideutsche Jugendtage abgehalten. Alle gemeinsamen Veranstaltungen sind alkohol- und nikotinfrei.“

Beschluss vom zweiten Tag
des Meißner-Treffens 1913

Nach dem Kriege kam es zu Neugruppierungen. Auf den Ideen der Wandervogel und Pfadfinder fußend entstand die Bündische Jugend, deren Interesse neben „Fahrten und Naturerlebnis“ auch gesellschaftliche Fragen umfasste. „Im Reich“ endete die Arbeit 1933 mit der Eingliederung in die HJ.

In Deutschböhmen verlief die Entwicklung ähnlich. Die Zahl der WV betrug bei Kriegsende 1079 in 50 Gruppen, darunter auch 19 Mädchengruppen. Bald musste man sich stärker mit der Nationalitätenfrage auseinandersetzen. Am 4. März 1919 starb

in Eger der WV Josef Christl bei der Demonstration für das Selbstbestimmungsrecht. Im November 1919 wurde die Verbandszeitschrift „Burschen heraus“ wegen des Begriffes „Deutschböhmen“ beschlagnahmt. Auch die „bündischen“ Einflüsse fehlten nicht. 1923 spaltete sich unter Heinz Rutha die „Sudetendeutsche Jungenschaft“ ab.

Geschichtliche Bedeutung erlangte seit 1925 eine „Älterengemeinschaft“ der bündischen Jugend um Dr. Walter Hergl, Prof. Walter Heinrich und Heinz Rutha. Sie suchte nach Konzepten für das Leben in der neuen CSR und war der Kern des späteren Kameradschaftsbundes, der Konrad Henlein als Kadenschmiede und „think-tank“ diente. Damit war die Jugendbewegung des Sudetenlandes die einzige Gruppierung, die, wenn auch nur indirekt, jemals eine politische Wirkung erzielt hat.

Letzte Spuren dieser bündischen Tradition ließen sich noch im 1947 begründeten Witikobund wahrnehmen. Noch unter der Präsidentschaft Roland Schnürchs wurde zu Beginn einer Veranstaltung meist ein Wanderlied angestimmt, wobei die älteren Teilnehmer die jüngeren regelmäßig durch perfekte Textkenntnis beschämten. (F.Volk)

Literaturhinweise zum Thema:

Becher Walter, Zeitzeuge, 1990; Cornwall, Mark, The Devils Wall, 2012 (Rutha-Biographie, englisch); Stauda, Johannes, Der Wandervogel in Böhmen 1911-1920, 1972 (bes. S. 40 und Anhang S. 44).

Franz Metzner aus Wscherau im Kreis Mies war der Bildhauer des Völkerschlachtdenkmals

Deutschland ließ das Datum der Völkerschlacht vor 200 Jahren ohne offizielle Würdigung verstreichen. Für den Witikobund ist es aber Anlass, an den sudetendeutschen Bildhauer des Völkerschlachtdenkmals zu erinnern:

Franz Metzner wurde am 18. November 1870 in Wscherau, Kreis Mies, geboren. Obwohl er Westböhmen gleich nach seiner Steinmetzlehre in Pilsen verließ, „*hing er bis zum Tode mit zäher Treue an seiner deutsch-böhmischen Heimat*“. Das bezeugte sein Freund Franz Servaes 1929 in der Eröffnungsrede zur Metzner-Gedächtnisausstellung in Berlin. Saevas fügte hinzu: „*Daher verdient es diese Heimat auch, dass sie vor allem ihn ehren und zu ihren engstverbundenen Söhnen rechnen darf.*“

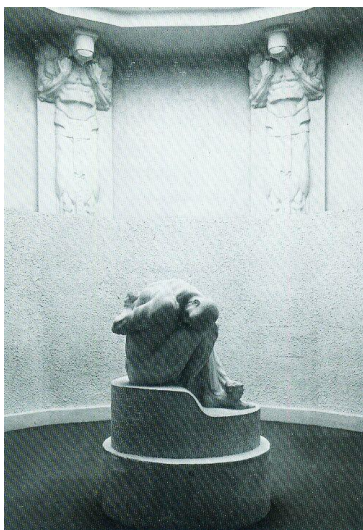
Metzners Eltern lebten von einer kleinen Landwirtschaft und führten nebenbei einen Gemischtwarenladen. Vater Josef entstammte einer alten Wscherauer Familie von Gewerbetreibenden. Die Mutter, Maria Heidl, war die Tochter eines Braumeisters aus dem Egerland-Dorf Branischau (bei Tepl), wo ihre Familie über Generationen nachzuweisen ist.

Franz Metzner war ein talentierter Zeichner und kam zu Steinmetzmeister Wild in Pilsen in die Lehre. Herr Wild hätte Franz Metzner gerne als ständigen Mitarbeiter behalten, aber dieser wollte dazulernen und ging auf Wanderschaft. Seine Stationen waren Dresden Breslau, Leipzig, Köln, Hamburg, Frankfurt usw. In Dresden besuchte er einen Abendkurs an der Kunstgewerbeschule. 1891 ging er nach Paris und 1893 bereiste er Italien. Nach dem frühen Tod seines Vaters unterstützte er die Mutter und seinen jüngeren Bruder Raimund. Dadurch kam er in den Genuß einer verkürzten Militärzeit, die er 1889 ableistete. Danach ging er nach Berlin.

Anfänge in Berlin

Als Metzner 1894 nach Berlin kam, beherrschte er sein Handwerk vollkommen. Nach zwei Jahren mietete er ein kleines Atelier in Berlin-Friedenau und befasste sich mit Schmuck- und Porzellanmodellen. 1900 reichte er 37 Arbeiten für die Pariser Weltausstellung ein und erhielt mehrere Auszeichnungen. Kunstzeitschriften, besonders die einflussreiche Darmstädter Zeitschrift „Kunst und Dekoration“, wurden auf ihn aufmerksam. Dennoch betrachtete Metzner diese eher kunstgewerbliche Tätigkeit als nebensächlich. Er träumte von Monumenten und Großplastiken und beteiligte sich mit unterschiedlichen Erfolgen an Wettbewerben für das Wagnerdenkmal in Berlin (9. Rang unter 560!) und das Bismarckdenkmal in Hamburg. Zum Zuge kamen oft andere, teilweise als „armselig“ beurteilte Entwürfe.

Metzner wandte sich 1903 der Wiener Kunstszene zu. Er fand Anerkennung und wurde zum Professor an der Kunstgewerbeschule ernannt. Sein erstes Wiener Werk war „Die Erde“, das Metzners Art besonders gut ausdrückte. Ihm ging es nie darum, nur schön geformte Körper nachzubilden, sondern zeigt den Menschen immer in seinem Kampf gegen die Gewalten des Schicksals. 1904 entstand der Entwurf für den Nibelungenbrunnen mit der Gestalt des Rüdigers. 1905 nahm Metzner die Arbeiten für das Standbild des



„Die Erde“ 1904

Volksdichters Stelzhammer auf, das heute noch in Linz steht. Den Auftrag dazu erteilte das österreichische Unterrichtsministerium.

Der Auftrag für das Völkerschlachtdenkmal

Ursprünglich waren mit der Ausführung des Völkerschlachtdenkmal der Architekt Bruno Schmitz und der Bildhauer Christian Behrens betraut. 1905 verstarb jedoch Behrens, und Schmitz suchte einen Nachfolger. Auf Metzner soll Schmitz eher zufällig gestoßen sein, als er im Schaufenster einer Dresdener Buchhandlung das ganz Franz Metzner gewidmete Sonderheft der sudetendeutschen Kulturzeitschrift „Deutsche Arbeit“ sah. Schmitz erkannte die Kongenialität und ging unverzüglich zum nächsten Telegraphenam, um Kontakt aufzunehmen. Metzner sagte zu und verlegte seinen Wohnsitz wieder nach Berlin zurück. Für ein Honorar von 100.000 Goldmark übernahm er die Verantwortung für den gesamten plastischen Schmuck des Völkerschlachtdenkmal.

Das Völkerschlachtdenkmal als Kunstwerk



Völkerschlachtdenkmal 1913
(Foto E. Köcher)

Das Völkerschlachtdenkmal war das größte im 20. Jahrhundert verwirklichte Denkmal. Metzners Traum, monumentale Kunst zu gestalten, hatte sich erfüllt. Er bediente sich bewusst archaischer Formen mit ägyptischen und fernöstlichen Anklängen. Nebensächliches mied er, was er anstrebte, war die „reine Plastik“ (Servaes, Katalog, S. 6). Vieles war durch die Architektur des Denkmals vorgegeben. Die große Figur des Hl. Michael an der Eingangsseite geht sogar ganz auf einen Plan von Christian Behrens zurück. Dem Einfluß Metzners verdankt das Denkmal jedoch den Charakter eines riesigen Totenmals. Die Gedanken an Opfer und unerbittliche Tragik des Schicksals stehen im Vordergrund. Ein billiges Jubeldenkmal ist es unter Metzners Hand nicht geworden.

Kaiser Wilhelm II. reagierte auf Metzners „reine Plastik“ sehr kühl. Bei der Einweihungsfeier erhielt Metzner nicht einmal den bei

solchen Anlässen üblichen Orden. Wilhelms Zurückhaltung bewirkten wahrscheinlich auch, dass Metzner in den Dokumentationen zur Entstehungsgeschichte des Denkmals höchstens am Rande erwähnt wird, was doch sehr erstaunt, denn Metzners Beitrag zum Gesamtwerk war, verglichen mit dem des Architekten Schmitz, wohl „*der bedeutendere*“ (Pötzl-Malikowa, Katalog, S 20). Metzners Werk muß man auch im europäischen Zusammenhang sehen, wo es eine „*Strömung des archaisierenden Monumentalismus*“ gab (Schmoll, Katalog, S. 11).

Krieg und Kriegsende

Metzner wird oft auf das Völkerschlachtdenkmal reduziert. Die Versuchung ist groß, weil er danach kriegsbedingt kaum Aufträge ausführte und schon 1919 starb. Sein Werk ist aber viel umfangreicher. So hat er auch während der Arbeiten am Völkerschlachtdenkmal zahlreiche noch in Wien begonnene Werke fertiggestellt, darunter einige für sudetendeutsche Städte. Im Winter 1917/18 besuchte er nachweislich noch einmal Wscherau, um die Gräber seiner Eltern zu besuchen. Im Frühjahr 1919 (bald nach der Abdankung des Kaisers!) erlebte er noch die Ernennung zum Mitglied der Preußischen Akademie der Künste. Am 24. März 1919 starb Metzner an einer Grippe.

Was blieb

Metzner hatte sich 1910 in Berlin-Zehlendorf, Machnowerstrasse 39, eine Villa und eigene Atelierräume gebaut. Dort fand man nach seinem Tode die sorgsam in Tücher gehüllte Figur „Zusammenbruch“, die ohne Zweifel Metzners Stimmung bei Kriegsende ausdrückt. Noch im Todesjahr veranstalteten seine Freunde und Verehrer eine Gedächtnisausstellung in Berlin. Im Garten von Metzners Villa befanden sich noch das Mozartdenkmal und das Rüdigerdenkmal. Ersteres war eigentlich für Prag gedacht, wurde dann aber von Teplitz-Schönau als Ersatz für das gestürzte Joseph II-Denkmal erworben. Das Rüdigerdenkmal kam 1923 nach Gablonz, obwohl es ursprünglich für Wien vorgesehen war. Beide Denkmale wurden von den Tschechen 1945 beseitigt. Das Mozartdenkmal wurde jetzt wieder hervorgeholt, während das Rüdigerdenkmal 1970 von den vertriebenen Gablonzern für Neugablonz erneut erworben wurde.

Zehn Jahre nach Metzners Tod ehrte man den Künstler in Berlin wieder mit einer Ausstellung in seinen Atelierräumen. Die Gedenkreden hielten Prof. Grosser, damals Rektor der Deutschen Universität Prag, und Dr. Franz Servaes, ein Freund Metzners. Die Feier wurde von Dr. Ernst Leibl organisiert und vom „Sudetendeutschen Heimatbund Berlin“ unterstützt.

In Wscherau brachte man am 11. November 1943 am Geburtshaus Metzners eine Gedenktafel an, 1945 wurde sie von den Tschechen wieder entfernt, später das ganze Haus.

Nach der Vertreibung kümmerte sich der Heimatkreis Mies-Pilsen um das Erbe Metzners. Frau Schmitt-Tropschuh, geb. Linhart, füllte in achtjähriger Suche fünf Leitzordner mit Metzner-Dokumenten. Dieses Material sandte sie 1966 an die Gemäldegalerie München. Es sollte die Grundlage für ein großes Metzner-Buch sein. Dieser Wunsch erfüllte sich nicht, führte aber zu einigen wissenschaftlichen Aufsätzen und regte 1977 den Adalbert-Stifter-Verein zur Durchführung einer großen Metzner-Ausstellung an.

Anlässlich des 125. Geburtstages Franz Metzners veranstaltete der Heimatkreis Mies-Pilsen zusammen mit der Denkmalsverwaltung in Leipzig eine kleine Gedenkfeier im Völkerschlachtdenkmal und eine Ausstellung. Es ist zu hoffen, dass Franz Metzners Beitrag zur Ausgestaltung des Denkmals bei der 100-Jahrfeier im Jahre 2013 angemessen gewürdigt wird. (F.V.)

Quellenhinweise:

Ausstellungskatalog „Franz Metzner“, Adalbert-Stifter-Verein, 1977 (zitiert als „Katalog“); Friedebert Volk, Franz Metzner vor 125 Jahren geboren, in: Jahrbuch Mies-Pilsen 4/1995, S. 66-96

Eine ehrliche Stimme in Lidove Noviny (2013):

Lasst uns die Verantwortung für das Nachkriegs-Unrecht übernehmen!

Von Vilem Barak, Publizist

Seit dem Ende des II. Weltkrieges sind 68 Jahre vergangen. Es ist an der Zeit, dass wir mit der Vertreibung der deutschen Bevölkerung, mit diesem verleugneten und missbrauchten Sumpf der tschechischen Geschichte, fertig werden. Sonst wird er in dem öffentlichen Raum für immer stinken. Es ist eine Schande für uns alle, dass irgendein Politiker immer wieder sich in den Sumpf versenkt, den Dreck überall herumstreut und unter dem Motto „wer nicht geifert, ist kein Tscheche“ eine Bewunderung, das Ausschalten der Gehirne und den Zusammenschluss der Bürger erwartet. Und es ist egal, ob dies in der Wahlkampagne oder bei einer Exhibition als Selbstzweck geschieht, wie es zuletzt der Präsident Miloš Zeman mit seinen an die Sudetendeutschen adressierten Worten, dass die Aussiedlung milderer sei als die Todesstrafe, vorgeführt hat.

Die Abneigung gegen alles Deutsche, welche die Politiker immer wieder nähren, ist sogar absurder Natur. Schon die bloße Erwähnung über den vorbereiteten Antrag des Deutschen Ritter-Ordens auf Rückgabe von Burgen und Boden nach dem Gesetz über die Kirchenrestitutionen erweckte Aufregung. Dabei wurde der

Orden im Jahr 1938, d.h. noch vor dem Kriege, durch die Nazis enteignet und aufgelöst. Im Jahr 1948 beschloss das Höchste Verwaltungsgericht, dass die Nachkriegs-Konfiskation des Orden-Besitztums nach den Beneš-Dekreten (?) unbegründet war. Doch der Orden hatte (hat) in seinem Namen das Wort „deutsch“ und dadurch ist es wohl vorgegeben, dass es die höchste Aufgabe eines jeden echten Patrioten ist, die Rückgabe des gestohlenen Besitztums zu verhindern. Wäre Oskar Schindler, bekannt durch den Film des Regisseurs Steven Spielberg Schindlers Liste, nicht in Israel begraben, so würden ihn die Nationalisten in Tschechien aus seiner Grabstätte ausgraben.

Bekannt ist die Entschuldigung Václav Havels bei den Sudetendeutschen in seinem privaten Brief an Richard von Weizsäcker, damaligen Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt die Deutsch-Tschechische Deklaration aus dem Jahr 1997, in der die tschechische Seite im Artikel III ihr Bedauern über das durch die Nachkriegs-Vertreibung angerichtete Leid der unschuldigen Menschen ausgedrückt hat. Der Premier Petr Nečas trat am 21. Februar 2013 als erster tschechischer Premier im Bayerischen



Barak-Artikel in LN vom 17.5.2013

Landtag auf und wiederholte die in der Deklaration festgehaltenen Worte der Entschuldigung. Jiří Paroubek entschuldigte sich im Namen der tschechischen Regierung bei den deutschen Antifaschisten.

Alle diese Gesten sind nicht ausreichend und haben im Wesentlichen keinen Einfluss auf die öffentliche Meinung, wovon wir in der jüngsten Wahlkampagne um die Präsidentschaft Zeugen wurden. Diese ist nach wie vor durch die nationalistischen Stereotypen und - bis auf die wenigen Ausnahmen - durch das Schweigen über die Nachkriegsereignisse geformt. In Schulen, in Medien, in historischen Arbeiten, sowie in der Kunst.

Nicht im Ausland, sondern hier zu Hause, ist es notwendig zu sagen, dass die Vertreibung selbst und die Enteignung von 3 Millionen deutscher Einwohner Unrecht an den unschuldigen, aber auch schuldigen Menschen war. Sprechen wir auch von den Menschen, die nicht deportiert waren, weil sie ermordet wurden. Und annullieren wir die Rechtsvorschriften aus der Nachkriegszeit über die Strafflosigkeit von Verbrechen an Deutschen. Aus heutiger Sicht war die Deportation ethnische Säuberung und Anwendung der kollektiven Verantwortung. Die damaligen Teilnehmer der Potsdamer Konferenz, die Vereinigten Staaten und Großbritannien, würden heute den „Transfer“ nicht billigen. Seine Initiatoren, aber auch die Vollstrecker einschließlich Eduard Beneš würden bei dem Internationalen Strafgerichtshof im Haag enden. Den Gegensatz zu behaupten, entspricht dem Niveau der den Slobodan Milošević adorierenden serbischen Nationalisten. Die Deutschen haben gründliche Erforschung ihres Gewissens für die Taten des Dritten Reiches durchgemacht und haben sich unzählige Mal entschuldigt. Es ist an der Zeit, dass auch wir, Tschechen, die Verantwortung für das Nachkriegs-Unrecht übernehmen.

Jedes Jahr erinnert sich das tschechische Volk an Lidice, die Politiker halten Reden, legen Kränze nieder. Die Nazis haben hier 173 Männer hingerichtet, insgesamt sind 340 Lidicer Einwohner umgekommen. Erwähnenswert ist an dieser Stelle der Besuch des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft Bernd Posselt in Lidice im Jahr 2010, wo er sich vor den Opfern verbeugt hat und um Vergebung bat.

Es ist an der Zeit, dass auch die tschechischen Politiker einschließlich des Präsidenten sich eine symbolische Stätte zur alljährlichen Erinnerung an die getöteten und deportierten Deutschen auswählen. Vielleicht Švédské šance unweit von Přerov, wo in der Nacht am 18. Juli 1945 tschechoslowakische Soldaten 265 Karpaten-Deutschen massakrierten, davon 120 Frauen und 74 Kinder. Postoloprty, wo man 763 Körper der Getöteten exhumiert hat. Pohořelice, der Ort, über den der Marsch der Vertriebenen aus Brünn geführt hat. Dobronín, wo im Jahr 2011, ganze 66 Jahre nach dem Krieg, die stolzen Kämpfer gegen das deutsche Element das Kreuz, das an die Opfer der Nachkriegs-Mordtaten erinnern sollte, abgesägt haben. Náchod, Liberec, Ústí nad Labem, Domažlice

Hören wir endlich auf, die Gewalt an Deutschen mit dem Hinweis auf die Vergeltung für die Kriegsleiden zu billigen und die tschechischen Nazismus-Opfer auszuzählen. Anspruch auf Rache gehört nicht zur zivilisierten Rechtsordnung. Man kann nicht sagen, dass es richtig war, für unsere 100 Toten wenigstens einen Deutschen zu töten. Sollte es gelten „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ so negieren der Stolz auf die Aussiedlung, auf die Grausamkeiten und Morde aus tschechischer Seite die Bestialitäten von Nazismus. Erkennen wir unseren Schuld nicht an und bitten nicht um die Vergebung für die Nachkriegsereignisse, haben wir kein Recht, über die Verbrechen des Dritten Reiches zu sprechen und uns an Lidice, Ležáky oder Terezín zu erinnern.

Verstecken wir uns nicht in Alibi-Weise hinter die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz oder hinter die Behauptung, dass man die deutsche Minderheit nicht anders behandeln konnte. Der Krieg war bereits vorbei und Mord wurde wieder zum Mord. Stellen wir uns die eigene Familie in der Lage der vertriebenen Deutschen vor. Sie sollen Ihre paar Sachen packen, Kinder und die ohnmächtige Oma mitnehmen, das Haus und Feld verlassen, einfach alles, woran Sie gearbeitet haben und was sie mögen. Sie werden auf den Viehwagen geladen und ins fremde Land hinausgeführt. Darüber hinaus wird sie der ehemalige Nachbar mit dem Bajonett in den Rücken stechen, in dem besseren Fall. In dem schlimmeren Fall werden sie oder ihre nahestehenden Personen bestohlen, vergewaltigt oder getötet. Und es gibt unter uns die Zeitzeugen, die immer noch erzählen „... und die Deutsche wollte mir den Kinderwagen nicht geben ...“ Hören wir auf, den Götzen der Beneš-Dekrete und nationalistischen Schamanen anzubeten, selbst wenn es der frühere oder der jetzige Burgherr ist. Das Bekenntnis zur Schuld, die Bitte um Vergebung und Versöhnung sind Zeichen der moralischen Stärke, nicht der Schwäche. Und warum sollen wir auf die Ereignisse vor mehr als 60 Jahren zurückblicken? Weil aus schlechten Wurzeln nichts Gutes aufwachsen kann. (*Vilém Barák, Publizist*)

Das Genie trifft ins Schwarze, auch ohne zu zielen.

Interessantes in Kürze:

1. Unter den Rußlanddeutschen gärt es. Neben der „Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland“ wurde Mitte Juli in München ein Bundesverband der Deutschen aus Rußland (BVDR e.V.) gegründet. Sein Vorsitzender, Juri Heiser, hatte vorher vergeblich für den Vorsitz in der Landsmannschaft kandidiert. Der BdV erkennt nur die bereits im BdV vertretene „Landsmannschaft“ an (BdV-Info).
2. Angesichts der Mißstände in vielen Ländern Afrikas fordern immer mehr einheimische Intellektuelle die Rückkehr der ehemaligen Kolonialherren (Preußische AZ, 17.8.13, S.2).
3. Man hat es schon immer gewußt, doch jetzt beweisen es auch freigegebene Geheimakten der CIA: Der iranische Ministerpräsident Mohammed Mossadegh wurde 1953 vom US-Geheimdienst gestürzt. Sein Fehler war, amerikanische und britische Ölfirmen verstaatlicht zu haben (FAZ, 20.8.13).
4. Thilo Sarazin erstritt gegen die „taz“ ein Schmerzensgeld von 20.000 Euro wegen Beleidigung.
5. In einem langen Bericht über das heutige Marienbad erwähnte die FAZ. (5.9.2013) die Sudetendeutschen mit keinem einzigen Wort. Diese waren es aber, die mit großem Einfühlungsvermögen für die leidenden und Genesung suchenden Patienten den Weltruhm des Bades begründet haben.
6. Der Freistaat Bayern bietet für 2013/14 Jahresstipendien für Doktoranden aus Rußland und den meisten osteuropäischen Staaten, darunter die CR, an. Bewerbungsschluß ist der 1. Dezember 2013
7. Der frühere Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium, Dieter Majer, äußerte Zweifel an der sachgemäßen Ausführung von Schweißarbeiten im Atomkraftwerk Temelin. Bundesumweltminister Altmaier ignorierte bisher die Einwände. Temelin liegt 100 km von Passau entfernt (Spiegel, 9.9.13)
8. In Berlin-Kreuzberg wurden alle religiösen Feste auf öffentlichen Plätzen und Straßen verboten. Der Grund ist ein wegen Lärms untersagtes muslimisches Ramadanfest. Betroffen sind nun auch christliche Weihnachtsmärkte und –feiern (Preußische AZ, 2.9.2013, S. 5).
9. Der Duden war seit 1880 eine Autorität für die Pflege der deutschen Sprache. Jetzt kürte ihn der Verein für Deutsche Sprache zum „Sprachpanscher des Jahres“, weil er allzu viele Modewörter und Anglizismen in sein Nachschlagewerk aufgenommen hat (Pr.AZ, 2.9.2013, S. 5).
10. Die Jahrespacht für ein Stück Land zum Aufstellen eines Windrades beträgt bis zu 40.000 Euro. Dieses Geschäft scheidet aber dort, wo schützenswerte Natur anzutreffen ist. Skrupellose Grundbesitzer rücken daher vor Baubeginn seltener Flora und Fauna zu Leibe und zerstören die Horste des Milan oder Schwarzstorchs oder legen einfach Giftköder aus (Focus, 23.9.2013, S.110).
11. Die Familienforscher haben es jetzt bestätigt: Die größte Einwohnergruppe in den USA sind mit 49,2 Mio die Deutschstämmigen, gefolgt von den Afro-Amerikanern (41,2 Mio) und den Iren (35,5 Mio). 19,9 Mio Amerikaner kennen ihre Abstammung nicht (Taunuszeitung, 21.9.13).
12. Der im Oktober 2013 offiziell beendete Bundeswehreinsatz in Afghanistan kostete 7,3 Mrd. Euro und 54 gefallene deutsche Soldaten. Die Bild-Zeitung hat den Sinn dieses Unternehmens bezweifelt.
13. Mit der FDP scheiterte zum zweiten Mal eine Regierungspartei an der 5-Prozent-Hürde. Vorher ereilte dieses Schicksal 1957 dem Gesamtdeutschen Block/BHE (Handelsblatt Online 01.10.2013).
14. Als im Grenzort Haidmühle an der tschechischen Grenze immer öfter eingebrochen wurde, stellte der Bürgermeister kurzerhand den alten Schlagbaum wieder auf. Die Aktion ist umstritten, zumal die Polizei eher Polen und Ukrainer als Übeltäter verdächtigt (Die Welt, 16.10.2013).
15. Nach Gründung der CSR 1918 traten rund 10 % der Tschechen und 2,6 % der Deutschen aus der Katholischen Kirche aus. Die Austrittquoten lag bei den Gymnasiallehrern am höchsten (Seibt, Deutschland und die Tschechen, S. 238).
16. Theodor Heuss, der erste Bundespräsident der BRD, bezeichnete 1933 die Bücherverbrennungen als „nicht zu tragisch“ und sah sie in geschichtlicher Tradition mit dem Wartburgfest 1817. Von 1940-42 schrieb er acht Beiträge für Goebbels Zeitschrift „Das Reich“ (Wikipedia)!
17. Prof. Theodor Eschenburg (1904-1999), führender Umerzieher der Nachkriegsdeutschen, besaß selbst ein SS-Stammbblatt! Anwartschaft 30.6.1933, Aufnahme 6.3.1934 (FAZ, 25.10.13, S. 39).
18. Unbemerkt von der Öffentlichkeit entsteht neben dem Völkerrecht ein Parallelrecht für Konzerne. Die von den USA durchgesetzten Freihandelsabkommen sehen schon heute überstaatliche Schiedsgerichte vor, die aus drei Personen bestehen und geheim tagen (Euro-Kurier, Sept. 2013, S. 4).

Das Massaker von Aussig am 31.07.1945

Ein schwieriges Gedenken

Seit mehreren Jahrzehnten wird der Opfer des Massakers an den deutschen Bewohnern von Aussig gedacht, das im Juli 1945 stattfand. Am 31.07. kam es damals neben der Zuckerfabrik in Schönpriesen, einem Stadtteil von Aussig, zu einer Explosion. Heute scheint festzustehen, dass es sich um eine inszenierte Aktion des Svoboda-Armee und der Revolutionsgarden um Stabskapitän Bedrich Pokorný handelte. Wahrscheinlich sollte Druck auf die zu dieser Zeit in Potsdam tagenden Alliierten ausgeübt werden. Die Täter wurden nie bestraft. Sie schützt das am 8. Mai 1946 beschlossene Straffreiheitsgesetz (Benes-Dekret Nr. 115).

Das Gedenken an das Massaker von Aussig gab es schon seit den 1980er Jahren. Damals war der Veranstaltungsort noch in Biral an der Elbe, da es zu dieser Zeit auf der Brücke, die seit 1990 nach einer der übelsten Gestalten der Tschechoslowakischen Republik der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, dem ehemaligen Präsident Dr. Edvard Benes, benannt wurde, undenkbar gewesen sei, hier die Opfer zu würdigen. (mdl. Mitteilung von Frau Bauer, Heimatverband Aussig). Seit Beginn der 90er Jahre finden am 31.07. Gedenkfeiern an der Brücke und seit Errichtung der Gedenktafel im Jahre 2005 auf der Brücke statt. Sie wurden zu Anfang von Mitgliedern des Kulturverbandes Aussig und befreundeten tschechischen Mitbürgern, wie dem Augenarzt Dr. Zoubek, und dem Leiter der Kreisgruppe der Sudetendeutschen in Dresden, Rüdiger Kollar, organisiert.

1994 sollte vor der Veranstaltung auf der Brücke ein Gedenken auf dem Friedhof in Theresienstadt stattfinden. Sie fand unter dem Titel „Versöhnung“ statt (2) und war den Opfern aller Gewalt gewidmet. Bereits in den beiden Jahren davor legten Sudetendeutsche in Theresienstadt Kränze nieder. Wegen des angeblich „provokanten Charakters“ der früheren Veranstaltungen untersagte diesmal der Direktor der Gedenkstätte, Jan Munk, zunächst die Feierstunde. Er genehmigte sie dann doch, als ihm die Veranstalter ein würdevolles Gedenken an alle Opfer der Gewalt zusicherten (2). Es wurde nicht nur der nach dem 8. Mai 1945 ermordeten Deutschen gedacht. Frau Bauer (mdl. Mitteilung) wollte den Hauptteil ihrer Rede sogar den KZ-Toten der Nazizeit widmen.

Empfangen wurden die mit Bussen angereisten deutschen und tschechischen Staatsbürger aus Dresden und Aussig durch etwa 20 tschechische Republikaner, die das Gedenken verhindern wollten, die Teilnehmer mit Eiern bewarfen und mit Schmährufen wie „Deutsche Schweinehunde“, „Nieder mit den Faschisten“, „Die Pfaffen haben uns den Hus verbrannt“ und „Deutsches Pfaffengeschmeiß“ traktierten. Unter ihnen war als Anführer der frühere „Rep“-Abgeordnete Josef Krejsa, der erklärte: „Wir werden um jeden Preis den Auftritt der Deutschen hier verhindern“, oder „Schert euch nach Hause, Mörder“ (1,2). Die vorbereiteten Ansprachen konnten unter diesen Umständen nicht gehalten werden. Zum Schluss wurden die von den Teilnehmern niedergelegten Kränze von einem der Störer zertrampelt, die Schleifen abgerissen und weggeworfen. „Den Opfern der Gewalt“ und „Versöhnung“ stand darauf. Die anwesenden Polizisten haben diesem Treiben erst zugesehen und ließen dann den Mann in der Menge untertauchen, ohne



Auf der Beneschbrücke in Aussig am 31.7.2013

sich zu bemühen seiner habhaft zu werden.(1) Der für Theresienstadt zuständige Polizeidirektor, Josef Macnar, musste von seinem Amt zurückgetreten (3).

Die Szenen fanden unter den Kameras ausländischer Fernsehstationen statt. Auch die Presse war anwesend und interviewte einige Teilnehmer (2).

Die anschließende Zusammenkunft an der Brücke in Aussig, auf der sich schon viele Menschen befanden (2), verlief dagegen verhältnismäßig normal. Die Teilnehmer mussten nur zum Schluss an einer „Mahnwache“ vorbei, die der „Klub tschechischer Grenzbewohner“ errichtet hatte. (3)

Zum 50. Jahrestag des Massakers musste eine vom Kulturverband der Bürger deutscher Nationalität in der Tschechischen Republik, einer der Organisationen der Deutschen Minderheit in Tschechien, geplante Gedenkveranstaltung durch Gewaltankündigungen von linksextremen Kommunisten und rechtsextremen Republikanern abgesagt werden.

Wenn auch solche Geschehnisse seit dieser Zeit nicht mehr vorgekommen sind, kann man von Normalität jedoch noch nicht sprechen. Seit mehr als 10 Jahren organisiert Frau Gottmann, Landesfrauenreferentin der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Nordrhein-Westfalen, zusammen mit den Aussiger Deutschen diesen Gedenktag. So auch in diesem Jahr. Da der Autor zu dieser Zeit aus anderen Gründen in Leitmeritz weilte, hat er sich die Zeit genommen, dabei zu sein.

Am 31.07. versammelte sich gegen 16:00 Uhr eine Gruppe von Sudetendeutschen, die aus verschiedenen Gebieten Deutschlands angereist waren, und Deutsche aus Aussig mit tschechischen Bürgern, unter Ihnen auch Dr. Zoubek, um der Opfer vom 31.07.45 zu gedenken. Insgesamt mögen es etwa 25 Personen gewesen sein. Es wären sicher mehr gewesen, wenn es vielen nicht schon schwerfiel, im hohen Alter diese Reise noch anzutreten. Es war der erste, etwas kühlere Tag nach der Hitze zuvor.

Unmittelbar vor uns gedachte schon eine Gruppe von 7-8 Personen der Opfer, die sich durch relativ einheitliche schwarze Kleidung von allen anderen abhob. Nach Inschrift auf der Schleife des Blumengebindes handelte es sich um den „Freundeskreis Sudetengau“, der nach Auskunft der Aussiger aus der Sächsischen Schweiz stammt. Ihr Auftreten soll bekannt sein und würde auch „beobachtet“.

Im Anschluss daran gedachte unsere Gruppe der Toten. Unter den Teilnehmern waren auch Pater Benno, ein Salesianer aus Teplitz und Herr Simanek, der Stadtpfarrer von Maria Himmelfahrt aus Aussig, die mit den Anwesenden gebetet und gesungen haben, an alle Opfer von Krieg und Gewalt erinnerten und daran, dass Krieg das Gebet zerstört. Frau Gottmann erinnerte in ihrer kurzen Ansprache an die ermordeten Deutschen, u. a. an jene, die von der Brücke in die Elbe geworfen oder im Feuerlöschbecken ertränkt wurden.

Danach übergaben die Anwesenden zu Ehren der Toten Kränze und Blumengebinde der Elbe und begaben sich in die Gemeinderäume zu interessanten Gesprächen bei Kaffee und Kuchen. Hier wurden gemeinsame Erinnerungen ausgetauscht und Fotos von vorangegangenen Gedenkveranstaltungen betrachtet. Frau Gottmann überreichte Pfarrer Simanek eine Geldspende für den Erhalt der Orgel. Zum Abschluss hielt Pater Benno noch eine kleine Andacht in der Kapelle.

Es wird in Zukunft davon abhängen, ob die nachfolgenden Generationen ein Geschichtsbewusstsein dafür entwickeln, dass solche Veranstaltungen fortgeführt werden können, wenn die Erlebnisgeneration verstorben ist.

So ging ein Nachmittag des Gedenkens zu Ende, der sich wieder nicht substantiell von denen vergangener Jahre unterschied. Man blieb auch diesmal unter sich.

Gerolf Fritsche gab in seiner Ansprache im vorigen Jahr an gleicher Stelle dem Wunsch Ausdruck, „dass auch Vertreter der Stadt im richtigen Augenblick den Weg auf die Brücke finden mögen – den sie heute im Jahre 2012 leider nicht gefunden haben“ (4). Auch im Jahre 2013 haben sie ihn nicht gefunden. Wie lange noch? Wann ist der richtige Augenblick?

G. Bergmann

Quellen: Augenzeuge berichtet aus Theresienstadt.- FAZ Nr. 184, 3.8.1994, S. 3; Frankfurter Allgemeine Zeitung: Sie sollen nur kommen, die Säue, die deutschen; Leh, M: Tschechische Nationalisten verhinderten eine Gedenkstunde in Theresienstadt.-Sudetenpost, 40. Jg., Folge 17, 1.9.1994, S. 10; Dreier, G.: Bericht über die dramatische Gedenkfeier für die Opfer des Massakers am 31. Juli 1945 auf der Elbebrücke in Aussig, Sudetenpost, 40. Jg. Folge 17, 1.9.1994, S. 2; Fritsche, G.: Gedenkansprache auf der Aussiger Brücke am 31.7.12.- Sudetenbote, Folge 29, S. 13-15, August 2012/4

Bitte beachtet unsere Heimseite <www.witikobund.de> !
Das Facebook erreicht man mit <<https://www.facebook.com/witikobund>>

Der Schlag gegen rechts

von Alf Torsten Werner unter Mitwirkung des Ortskreises München im Witikobund

Die Attribute *links*, *rechts*, *Mitte* sind an sich wertneutral. Der Witikobund hat sie auf Grund ihrer Unzulänglichkeit daher nie für die eigene Standortbestimmung im politischen Spektrum gebraucht. Vielmehr stimmt er insoweit mit Vaclav Havel völlig überein, der von sich sagte: „Ich kann mir vorstellen, daß eine meiner Ansichten links, eine andere im Gegenteil rechts erscheinen mag; ich kann mir sogar vorstellen, daß ein und dieselbe Ansicht dem einen links und dem anderen rechts erscheint, und es ist mir, um die Wahrheit zu sagen, völlig gleichgültig.“ In der Tat wird von nicht wenigen vermutet, daß das Politikraster „Links-Rechts“, das sich an der Gesäßgeographie der französischen Nationalversammlung vor 200 Jahren orientiert, in der komplexen Welt unseres Parteienspektrums ebenso überholt ist wie die Zustände, in denen sie einst als Orientierungsmuster dienten.

Nicht gleichgültig kann dem Witikobund hingegen sein, wenn ein Blatt wie die *Süddeutsche Zeitung* (ein Großer Bruder nach Orwell?) in seiner Ausgabe vom 25. April 2013 mit einem Beitrag des Journalisten Sebastian Krass unter der Überschrift „Am rechten Rand“ in einem Akt journalistischer Umweltverschmutzung versucht, den Witikobund nebst eines seiner früheren Vorsitzenden schlecht zu machen. Unter anderem hieß es hier, die Bundesregierung habe auf Anfrage der PDS (ehemals: *SED*, nunmehr: *Die Linke*) in den Jahren 2001 und 2008 beim Witikobund „eine Verdichtung rechtsextremistischer Bestrebungen“ festgestellt. Und, wie könnte es denn anders sein, auch das dem „Flagellantentum“ (H. Rothfels) huldigende Paar Bernd Posselt & Franz Pany durfte beim auf Gesichtsverlust zielenden medialen Kannibalismus in professioneller Betroffenheit zu Wort kommen.

Ersterer war unglücklich über eine im Zeitungsbericht erwähnte Veranstaltung und kündigte eine genaue Beobachtung an – allerdings wurde er nirgends als Besucher gesichtet.

Letzterer steuerte zum einen mit einer unwahren Aussage (von der er sich später distanzierte) bei, er hätte dem Witikobund unlängst eine im Sudetendeutschen Haus geplante Veranstaltung „untersagt“. Zum anderen benutzte er ungeniert das Unwort „Revanchismus“ aus dem Propaganda-Arsenal des untergegangenen Unrechtsstaates „DDR“ und unterstrich dreimal, „sich von ‚revanchistischen‘ Gedanken“ zu distanzieren – dabei vergessend, daß bereits in der Charta der Heimatvertriebenen von 1950 ausdrücklich auf die Rückgewinnung der Heimat durch Androhung und Anwendung von Gewalt, also Revanchismus, verzichtet wurde.

Stattdessen wäre es korrekt gewesen – Franz Josef Strauß folgend – energisch den SZ-Journalisten darauf hinzuweisen, daß das aus dem Wörterbuch der kommunistischen Propagandaküche stammende Unwort „Revanchismus“ nichts, aber auch gar nichts mit dem „legitimen Anliegen“ der Sudetendeutschen auf ihr „Heimat- und Selbstbestimmungsrecht“ zu tun hat. Strauß weiter (O-Ton): „Aber eine Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn ist nicht durch einen Verzicht der deutschen Heimatvertriebenen auf ihr Heimatrecht zu erreichen“.

Zu prüfen wäre da doch, ob hier ein Zusammenhang mit Bestrebungen im SL-Vorstand vorliegt, den §3 Buchst. B) der SL-Satzung außer Kraft zu setzen, obwohl er vollinhaltlich mit dem Völkerrecht in Einklang steht. Solche Bestrebungen stellen nämlich einen Anschlag auf die Grundfesten und das Selbstverständnis der SL dar und wären durchaus als grob vereinschädigendes Verhalten zu werten – die Folge könnte zu einem Antrag auf Ausschluss aus der SL führen.

Zwar beantworteten die Bundesregierungen Schröder/Fischer (2001) und Merkel/Steinmeier (2008) Anfragen der SED/PDS/LINKE wunschgemäß so wie oben erwähnt. Jedoch sprach im Jahr 2009 das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg die Entlastung aus mit der klaren Aussage: Der Witikobund „ist kein Beobachtungsobjekt“! Im Übrigen wird der Schutz der Bürger oder etwa der Presse immer noch durch das Bundesverfassungsgericht gewährleistet. Als herausragendes Beispiel sei genannt die erfolgreiche Klage des ‚rechtsliberalen‘ Alexander von Stahl, vormals Generalbundesanwalt, wonach es dem Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen verboten wurde, die Wochenzeitung *Junge Freiheit* weiterhin als ‚rechtsextremistisch‘ herabzusetzen.

An dieser Stelle sei auf folgendes aufmerksam gemacht: Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen stützen sich auf das Bundesamt für Verfassungsschutz, bekannterweise ein skandalträchtiger und in letzter Zeit äußerst umstrittener Inlandsgeheimdienst. Nun hat Heinrich Lummer, vormals Innensenator des Landes Berlin, dankenswerterweise Licht in das Treiben gebracht. Nach ihm greifen die „etablierten Kräfte“ mittels des Geheimdienstes, über den sie „machtpolitisch verfügen“, zu nicht zu billigen Maßnahmen, zumal wenn es „gegen rechts“ gehe – dies werfe die „Frage nach dem verfassungsfeindlichem Potential auf, das bei den etablierten Parteien zu finden“ sei. Man erinnere sich etwa an folgendes: Der von Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2000 volksverhetzend verkündete „Aufstand der Anständigen“ beruhte auf dem fälschlicherweise den „Rechten“ zugeschobenen Anschlag auf eine Synagoge. Frage: Was unterscheidet eine solch unanständige Figur aus dem Kreis der 68er da eigentlich noch vom Agitator Joseph Goebbels? Im Übrigen dürfte die Bezeichnung „Verfassungsschutz“ eine Anmaßung sein. Vielmehr wird der Schutz immer noch durch das Bundesverfassungsgericht gewährleistet – auch und vor allem vor den Geheimdiensten.

Einem aufmerksamen Beobachter kann daher kaum entgangen sein, daß die „Bewusstseinsindustrie“ (Hanns Magnus Enzensberger) den Begriff *rechts* im Laufe weniger Jahrzehnte in eine abfällige, geradezu abwertende, durchaus verunglimpfende Richtung gelenkt hat, der einer Gehirnwäsche gleichkommt. Bei der Beschimpfung des Journalisten Gerhard Löwenthal (einst Moderator des ZDF-Magazins) vor einem Berliner Auditorium als „rechtsradikale Judensau“ handelte es sich seinerzeit noch um eine absolute Ausnahme. Die Stasi-Methoden waren damals bundesweit noch nicht so üblich. Vielmehr konnte sich ein Bodo Hauser noch unbeschwert als *rechter* Widerpart zum *linken* Ulrich Kienzle in einer beliebten Fernsehserie präsentieren. Man denke etwa auch an den „Seeheimer Kreis“, der sich selbst als rechter Flügel der SPD positionierte. Oder Jürgen Busche, damals SZ-Redakteur: In einem Leitartikel meinte er, Kanzler Helmut Schmid als „beinharten Rechten“ ausmachen zu müssen – bekanntlich war Schmid in für ihn wichtigen Grundsatzfragen unnachgiebig. Unter der Fülle von Nachweisen hervorzuheben wäre das Feuilleton der SZ, Osterausgabe 1993. Unter der Überschrift „Gedanken über die Rolle des Rechtsintellektuellen in der deutschen Geschichte“ hieß es (noch!): „... Aber es gibt ihn, den Rechtsintellektuellen: Persönlichkeiten wie Joachim Fest, Herausgeber der FAZ, Johannes Gross, Vorstand bei Gruner & Jahr, der Münchner Historiker Michael Wolffsohn oder der Historiker Golo Mann erfüllen diesen Typus ...“. Keine Frage, es liegt in der Natur der Sache, daß den Genannten „rechtes Gedankengut“ immanent war/ist, sie dieses publizierten oder noch heute publizieren (Wolffsohn!). Verwundert reibt man sich hingegen die Augen über eine Pressemeldung, der evangelische Landesbischof von Bayern, Johannes Friedrich, habe in seiner Predigt zum Reformationsfest 2010 in Regensburg vor „rechtem Gedankengut“ gewarnt. Der voll dem Zeitgeist huldigende CSU-Bürgermeister einer Kreisstadt in Oberbayern meldete sich gar wie folgt zu Wort: „Wenn man mich rechts nennt, empfinde ich das als Beleidigung“. Hingegen hatte der prozessfreudige Franz Joseph Strauß noch nie etwas gegen eine derartige Apostrophierung. Die Beispiele könnten seitenweise fortgesetzt werden.

Für die heutigen Serientäter „gegen rechts“ wird die Lage noch unhaltbarer dank des gewiss unverdächtigen Sebastian Haffner. Dieser hat – unwidersprochen von Historikerkollegen – darauf hingewiesen, daß die einzige Opposition, die Hitler wirklich gefährlich werden konnte, „von rechts“ gekommen sei: *„Von ihr aus gesehen stand Hitler links. Das gibt zu denken. Hitler ist keineswegs so leicht als extrem rechts einzuordnen, wie viele Leute es zu tun gewohnt sind“*. Von Hitler selbst ist uns folgendes überliefert: *„Meine damalige Partei war doch zu neunzig Prozent aus Links-Leuten zusammengesetzt. Ich habe nur Leute brauchen können, die geprügelt haben.“* Heute stünde ihm dafür die Antifa zur Verfügung, die „ihren unterdrückten SA-Neigungen freien Lauf lassen darf“ (Sezession).

Ferner habe Hitler, nach den Aufzeichnungen seines Adjutanten von Below, auf einer Tagung der Reichs- und Gauleiter am 24. Februar 1945 noch resigniert festgestellt, er habe es versäumt, „auch den Schlag gegen rechts zu führen.“ Und es war schließlich, wie Ralf Dahrendorf sagte, „die Moderne, die 1933 in Deutschland ihren Einzug gefeiert hatte“, während die „Rechte, die Reaktion, am 20. Juli 1944 das so linke Rad der Geschichte“ zurückdrehen wollte, was aber nicht gelungen sei. Und wenn

das „rechtsextreme“ Attentat gelungen wäre? Nach der späten Erkenntnis von Eugen Gerstenmaier (Bundestagspräsident von 1954-1969) hätte es am Besiegtenstatus nichts geändert: „Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: Daß der Krieg schließlich nicht gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde.“ Unmittelbar nach dem 20. Juli 1944 kursierte dazu im britischen Foreign Office ja auch eine zynische Stellungnahme, in der es unter anderem hieß: „Die gegenwärtige Verhaftungswelle wird zur Entfernung zahlreicher Individuen führen, die uns hätten Schwierigkeiten bereiten können ... Gestapo und SS leisten uns einen hoch einzuschätzenden Dienst durch die Beseitigung aller jener, die nach dem Krieg zweifellos als 'gute Deutsche' posiert hätten.“ Gemeint waren damit die „Rechten“.

Die heutige Lage ist durchaus ernst einzuschätzen aufgrund des unheilvollen Einflusses von Herbert Marcuse, des wohl von einem großen Teil der 68er anerkannten Gurus und Lehrmeisters. Marcuse gab die Handlungsanweisungen aus, wie man dieses „konservativ gewordene Volk“ zerstören kann, indem man es einfach in die „rechte“ Ecke stellt und gleichzeitig mit dem Nationalsozialismus verstrickt. Marcuses Komplizen und Schüler sitzen heute an wichtigen Schalthebeln der Macht oder Institutionen wie etwa der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dort könnte sich der Namensgeber mit seinem „ausgeprägtem Nationalbewußtsein“, der „linksradikale Aufstände mit Waffengewalt“ niederschlagen ließ, heute überhaupt nicht halten. Und ein Kurt Schumacher fände sich höchstwahrscheinlich in sogenannten Verfassungsschutzberichten. In seiner Dissertation „Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie“ bevorzugt er Lasalle gegen Marx, preist den Staat, ganz im Hegelschen Sinn, als „das höchste Menschheitsideal“, während „individualistisches Emanzipationsideal“ abgewertet wird.

Im Angesicht dieser für Deutschland misslichen, ja bedrohlichen Bewusstseinslage bleibt der Witikobund aufgefordert, sich – über rechts und links stehend – nicht beirren zu lassen durch das Regime der auferstandenen Jakobiner, daß er vielmehr, seinem Grundsatz „rechtswahrend“ getreu, standhaft und beinhart bleibt bei der Verteidigung der abendländischen Grundrechte und der Regeln des Völkerrechts einschließlich des Kriegsvölkerrechts.

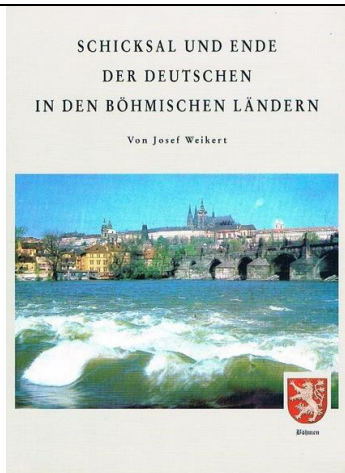
Quellen und Literatur:

1. **Hans Rothfels**: „... es gebe ... ein Flagellantentum, das gegen jeden Ansatz ruhiger Selbstachtung“ gerichtet sei.“ (Die Nation, Meyers Enzyklopädisches Lexikon, 1978 Bd. 16 Seite 773 f.); 2. „**Aus Politik und Zeitgeschichte** – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament“, Heft B 10/95; 3. **Franz Josef Strauß**, „Auftrag für die Zukunft“, hrsg. von Wilfried Scharnagl, 1987, S. 307 ff; 4. **Duden**, Revanchismus = „Politik, die auf die Rückgewinnung in einem Krieg verlorener Gebiete oder die Annullierung aufgezwungener Verträge mit militärischen Mitteln ausgerichtet ist“, www.duden.de/rechtschreibung/Revanchismus; 5. **Sebastian Haffner**, „Anmerkungen zu Hitler“, 1981; 6. **Monologe im Führerhauptquartier** vom 30.11.1941; Archivale u.a. SZ, FAZ; 7. **Josef Schüßlburner/Hans-Helmuth Knütter (Hrsg.)**: „Was der Verfassungsschutz verschweigt ...“, Institut für Staatspolitik, mit einem Vorwort von Heinrich Lummer; m.w.N.; 8. **Ansprache Prof. Dr. Karl Heinz Borer** bei der Feierstunde anlässlich des 60. Jahrestages des 20. Juli 1944, 20.7.2004; Herbert Marcuse, „Der eindimensionale Mensch“ u.a.m.; Sezession, Heft 55, August 2013.



Korrektur: Kam. Erhard Lug bemängelt am Bericht über seine Klage im Witikobrief 2013/3 (Seite 15) den letzten Satz und bittet, ihn zu ignorieren.

Mit einer Spende für den Witikobund oder mit einem Abonnement des Witikobriefes unterstützen Sie uns bei der Wahrnehmung unserer gemeinsamen Interessen!



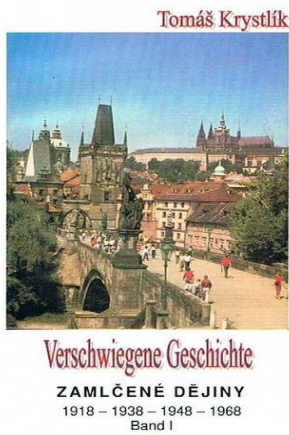
€ 5,-



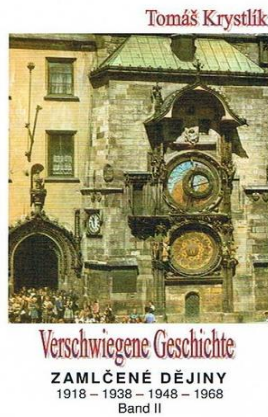
€ 5,-



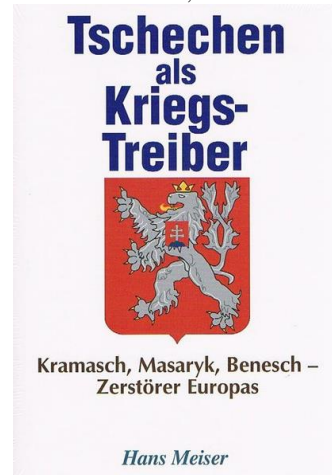
€ 11,-



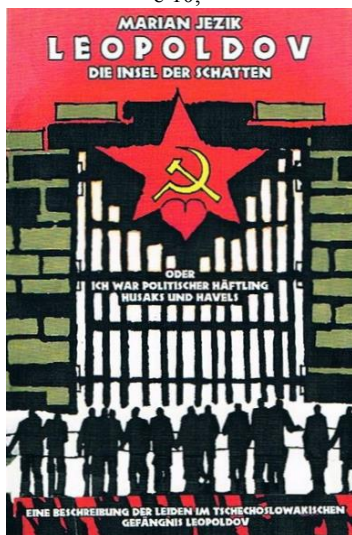
€ 10,-



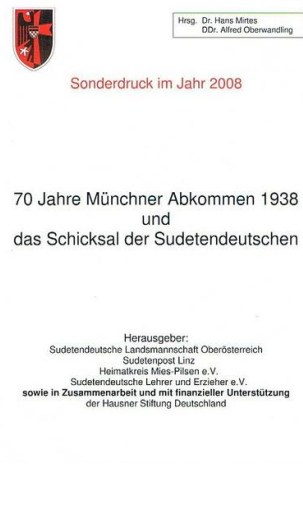
€ 10,-



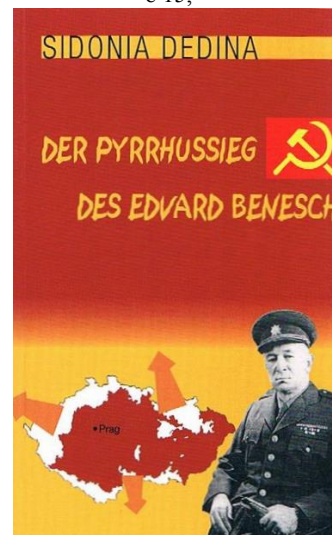
€ 15,-



€ 7,-



€ 10,-



€ 10,-

Bezug obiger Bücher über witikobund-bundesverband@freenet.de oder über die im Impressum (S.2) angegebenen Anschriften.